Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inſertionsgebühr für den Raum einer ſechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenſtraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Poſt-Anſtalten Beſtellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erſcheint.

Nr. 130. Mittag-Ausgabe. Zweiundſechszigſter Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 18. März 1881.

Die Haltung des neuen Czaren.

Unſer Berliner =-Correſpondent ſchreibt:

Wir haben bereits mitgetheilt, daß am Hofe und in unſern leitenden Kreiſen eine peſſimiſtiſche Anſchauung über die künftige Politik des neuen Kaiſers von Rußland keinen Boden gefunden hat. Am Hofe namentlich ſcheint man freundſchaftlichere Anſchauungen durch die letzte Anweſenheit des damaligen Thronfolgers in Berlin gewonnen zu haben. Dieſe freundlicheren Anſchauungen finden bereits neue Handhaben in der bisherigen Haltung des neuen Czaren. Man ſpricht von directen Briefen deſſelben an unſern Kaiſer, man nimmt es hoch auf, daß die Beſtimmung getroffen worden iſt, die Ueberführung des ermordeten Czaren zur letzten Ruheſtätte erſt nach dem Geburtstage des Kaiſers Wilhelm vorzunehmen, ſo daß der Kronprinz erſt am 23. oder 24. d. Mts. Berlin würde zu verlaſſen haben. (Sollte die längere Friſt für die Beiſetzung des todten Czaren nicht traditionell ſein? D. Red.) Nach wie vor bleibt die Abreiſe des Kronprinzen nach Petersburg von ſeinem körperlichen Befinden abhängig. — Auf Grund hier eingetroffener Privatnachrichten will man wiſſen, daß zunächſt tiefgreifende Perſonalveränderungen in der ruſſiſchen Regierung nicht zu erwarten ſeien.

Deutſchland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

17. Sitzung vom 17. März.

12 Uhr. Am Tiſche des Bundesrathes v. Bötticher, Scholz, v. Mayr u. A.

Präſident v. Goßler: Meine Herren! Ich nehme an, daß, wie ſonſt, ſo auch in dieſem Jahre Sr. Majeſtät aus Anlaß Seines Geburtsfeſtes die Glückwünſche des Reichstages dargebracht werden ſollen. Ich nehme die Genehmigung hierzu als ertheilt an und werde die nöthigen Vorbereitungen treffen.

Nachdem das Haus das Andenken des verſtorbenen Abg. Schmitt-Batiſton, Vertreter für Weißenburg-Hagenau, in der üblichen Weiſe geehrt hat, tritt es in die Berathung des Etats der Zölle und Verbrauchsſteuern, ſpeciell der Tabaksſteuer, ein, deren Ertrag für das nächſte Etatsjahr auf 4,578,000 M. veranſchlagt iſt. Die Budgetcommiſſion (Referent v. Benda) beantragt, dieſe Ziffer zu genehmigen.

Abg. Sonnemann: Der Ertrag der Tabaksſteuer für 1881—1882 beweiſt, daß wir heute noch unter der Nachwirkung der großen Einfuhr vor dem neuen Tabaksſteuergeſetz und der wachſenden Beunruhigung leiden, welche ſeit Erlaß deſſelben in der Tabaksinduſtrie herrſcht. An jenem Abkommen ſollte nach dem Willen des Reichstags nicht gerüttelt werden, aber indirect wird anhaltend dagegen angekämpft. Mit einer Mehrheit von 181 gegen 69 Stimmen hatte der Reichstag im vorigen Jahre ſich für die ruhige Durchführung des neuen Steuergeſetzes und gegen das Monopol erklärt und jene Mehrheit ſtellt noch nicht einmal ſämmtliche Gegner des Monopols dar, da Herr von Lerchenfeld im Namen ſeiner Fraction (der deutſchen Reichspartei) ausdrücklich erklärt hat, daß unter den 69 Stimmen für die einfache Tagesordnung ſich auch zahlreiche Gegner des Monopols befänden.

Der Reichstag beſtand und beſteht alſo auch noch heute mit nahezu Dreiviertel aus Gegnern des Monopols. Ich habe den Eindruck, daß die Frage des Monopols von Tag zu Tag allgemeiner wird, und daß man es indirect herbeizuführen beabſichtigt, wozu die Verwaltung der Straßburger Manufactur am allermeiſten beigetragen hat. Sie hat durch Circulare Private und alle Beamte zur Abnahme ihrer Erzeugniſſe aufgefordert, auch die Militärbehörden, wie eine Petition neueſten Datums zur Kenntniß bringt, womit doch ein gewiſſer moraliſcher Druck auf dieſe Behörden unzweifelhaft ausgeübt wird. Seit einem Jahre errichtet die Straßburger Manufactur in faſt allen größeren deutſchen Städten Niederlagen, jetzt ſogar auch in kleinen Städten und in einem Dörfchen bei Witten. Aber ſie errichtet nicht nur Verkaufsſtellen, ſondern dehnt auch die Fabrikation auf das Reich ſelbſt aus. Sie hat ſeit dem vorigen Jahre 4 oder 5 Fabriken in Deutſchland, beſonders in Baden errichtet. Dieſen Geſchäftsbetrieb, wie es geſchieht, durch die Grundſätze der freien Bewegung, durch das Geſetz von Angebot und Nachfrage zu rechtfertigen, iſt abſolut unzuläſſig. Denn was die kaiſerliche Manufactur betreibt, iſt kein kaufmänniſches Geſchäft. Sie macht keine kaufmänniſche Bilanz, giebt nur eine jährliche Zuſammenſtellung der Einnahmen und Ausgaben bei der Ablieferung an die Landeskaſſe heraus, noch niemals hat eine ſachgemäße Bewerthung ihres Inventars ſtattgefunden. Das Reich hat ſie für 7 Millionen Francs an die elſaß-lothringiſche Landesbehörde überlaſſen, ohne daß eine vollſtändige Taxation ſtattgefunden hat. Nach einer mir heut erſt zugegangenen Eingabe der deutſchen Tabaksintereſſenten hätte ſie mit 11 bis 12 Millionen eingeſtellt werden müſſen. Ich ſelbſt habe in einer Broſchüre nachgewieſen, daß ſie um 50 bis 60 Procent zu niedrig eingeſchätzt iſt. Wenn man mit ſo billigem Kapital arbeitet, keine Steuern zahlt, nicht amortiſirt und aus der Landeskaſſe jede Summe zu 4 Procent bekommen kann, dann kann man allerdings leicht Concurrenz machen.

Zweck dieſes Vorgehens iſt, die Beunruhigung der Intereſſenten ſo zu ſteigern, daß das Monopol dem Reiche als reife Frucht in den Schooß fällt. Die kleinen Filialen ſind gar nicht errichtet um Geſchäftsgewinn zu machen, ſondern um dem Monopol vorzuarbeiten. Ein hervorragender Vertreter der Tabaksbranche, der in den letzten Tagen Gelegenheit hatte die Fabrik einzuſehen, ſchreibt mir: „Ich war heute wieder in der Manufactur und ſah den Betrieb an. Meine Anſicht als Fachmann iſt, daß der Fürſt Bismarck ſchon deshalb ſo raſch aufs Monopol los will, weil die Manufactur, falls das Monopol binnen 5 Jahren nicht kommt, verkracht. Unterſtaatsſecretär von Mayr wird ihm klar gemacht haben, daß die Manufactur ſtark genug iſt, die Induſtrie, beſonders bei dem Uebergang zur höheren Steuer, mürbe und mit ihrer Branche und dem erſchwerten Betrieb unzufrieden zu machen, daß aber auf lange Zeit die Sache nicht rentabel fortbetrieben werden kann." Das iſt eine Löſung des Räthſels: darum dehnt man den Vertrieb aus, ohne Koſten zu ſcheuen und verkauft vielleicht auch unter dem Koſtenpreiſe, nur um die Induſtrie lahm zu legen in der Hoffnung, daß das Monopol in wenigen Jahren eingeführt iſt, wobei dann dieſe Fabriken in den großen Keſſel hineinkommen, ſo daß eine Abrechnung eigentlich gar nicht mehr ſtattfindet. Kann der Reichstag zugeben, daß man gegen ſeinen Willen auf Umwegen in dieſer Weiſe dem Monopol zuſtrebt? Bis vor Kurzem hat ſich die Reichsregierung in dieſer Frage ziemlich zurückhaltend benommen. Der Reichskanzler hatte zwar im preußiſchen Abgeordnetenhauſe geſagt, der Tabak müſſe mehr bluten, aber ſich in Bezug auf das Monopol mit großer Vorſicht ausgeſprochen. Das hat ſich aber ſeit dem Beſchluß der würtembergiſchen Kammer zu Gunſten des Monopols geändert. Würtemberg hat weder einen nennenswerthen Tabakbau noch -Betrieb, iſt alſo direct bei der Sache ſehr wenig intereſſirt, dagegen hat es ſich durch ſeine unrentablen Eiſenbahnbauten ein Deficit aufgeladen, von dem es ſich durch die Einnahme vom Monopol zu befreien hofft, da doch einmal ſeit einigen Jahren das Reich die Intereſſenpolitik auf die Tagesordnung geſetzt hat.

Unter der Majorität von 56 (gegen 16) für das Monopol befinden ſich 21 ritterſchaftliche privilegirte Abgeordnete, 14 Staatsbeamte, 9 Schultheißen, 2 andere Gemeindebeamte und noch 3 privilegirte, im Ganzen 49 Staats-, Gemeindebeamte und privilegirte Abgeordnete unter 56, während ſich in der Minorität von 16 die unabhängigen gewählten Mitglieder befinden. Dabei hat der Führer der Monopolpartei, Moritz Mohl, ſich noch im Jahre 1867 als ein entſchiedener Gegner des Monopols bekannt. Nach dieſem Votum lüftet man auch hier das Viſir. In einer Unterredung mit einem badiſchen Tabaksinduſtriellen hat ſich der Reichskanzler offen dahin ausgeſprochen, daß er das Monopol zur Thatſache machen will und er hofft, daß das Centrum und die Majorität des Reichstages für das Monopol ſtimmen werden; er glaubt vielleicht, daß das Monopol ein Preis bei den Verhandlungen über den Culturkampf ſein könne. Ich will doch nicht annehmen, daß das Centrum eine ſolche Handelspolitik treiben wird und freue mich, daß die „Germania" heute Morgen noch erklärt, das Centrum werde auf ſeinem Standpunkt gegen das Monopol beharren. Iſt das der Fall, ſo kann auch im nächſten Reichstage auf keine Majorität dafür gerechnet werden, denn daß die Verſchiebung nach rechts einer ſolchen nach links weichen wird, das werden Sie ſelber nicht bezweifeln, die letzten Nachwahlen liefern dafür den Anhalt. Was hat alſo die fortwährende Beunruhigung der Tabaksinduſtrie für einen Zweck? Die Händler brauchen nach den Aeußerungen des Reichskanzlers gar nicht entſchädigt zu werden, die könnten mit etwas Anderem handeln. Es iſt ſehr bezeichnend, daß über dieſe Dinge ſo leichtfertig geurtheilt wird. Es wird überſehen, daß auch der deutſche Großhandel, der von den deutſchen Seeplätzen nach dem Auslande geht, ruinirt werden würde.

Wenn auf dieſe Weiſe die rückſichtsloſe Ausbeutung der Tabaksinduſtrie fortgeſetzt wird, ſo kann ſich die Hoffnung des Kanzlers bald erfüllen, daß die Induſtriellen ſelbſt um das Monopol petitioniren. Was jetzt die officiöſe Preſſe für das Tabaksmonopol ſagt, kann man ebenſo gut auf das Eiſen, die Baumwolle und andere Gegenſtände anwenden. Welcher Anlaß beſteht da noch, den Socialismus zu bekämpfen? Geht das ſo fort, ſo können wir noch in abſehbarer Zeit den Abg. Bebel als Arbeitsminiſter ſehen. Darin irrt ſich der Kanzler, daß das Monopol ohne Erhöhung der Preiſe 150 bis 200 Millionen eintragen werde; die Tabaksfabrikate in Deutſchland haben jetzt einen Werth von 300 Millionen, es dürfte alſo auf keinen Fall ſo viel an denſelben verdient werden. Zieht man die großen Entſchädigungsſummen, die geleiſtet werden müſſen, und die Verminderung des Conſums in Betracht, ſo kommt man zu dem Schluß, daß in den erſten 20 Jahren der Ertrag des Monopols geringer ſein dürfte, als der volle Ertrag der Tabaksſteuer. Ich betrachte dieſe geſammten Zuſtände als ein Zeichen der Zerſetzung, in der ſich unſere Verhältniſſe befinden; denn wenn wir halbwegs conſtitutionelle Einrichtungen hätten, würde ein Aufſchrei durch die ganze Volksvertretung gehen, und es würden Anträge geſtellt werden, um ſolche horrende Zuſtände zu beſeitigen. Ich, der ich keine große Fraction hinter mir habe, beſchränke mich auf die Anfrage an die verbündeten Regierungen, welche Stellung ſie gegenüber den offenkundigen Beſtrebungen der kaiſerlichen Tabaksmanufactur einnehmen, welche entgegen dem Geſetz und dem Beſchluſſe des Reichstags den Boden des Reichs für die Einführung des Monopols offen vorbereiten.

Staatsſecretär v. Bötticher: Ich nehme keinen Anſtand, die Fragen des Vorredners zu beantworten. Dem Bundesrath ſind allerdings Beſchwerden über die Straßburger Tabaksmanufactur zugegangen. Aus den Beſchwerden ergab ſich aber, daß der geſammte Inſtanzenzug der elſaß-lothringiſchen Verwaltung von den Petenten nicht erſchöpft war. Es hat deshalb der Bundesrath, wie Sie anerkennen werden, in völlig correcter Weiſe beſchloſſen, die Beſchwerden dem Statthalter zur weiteren Veranlaſſung mitzutheilen. Seit dieſem Beſchluſſe iſt an den Bundesrath nichts gelangt, was ihn zu einer erneuten Prüfung der Frage hätte auffordern können. Der Bundesrath iſt nicht in der Lage geweſen, ſich mit dieſer Frage weiter zu befaſſen. Der Vorredner hat ſodann die Frage des Tabaksmonopols erwähnt, und ich bin, was dieſe Frage anlangt, nicht in der Lage, irgend eine Erklärung abzugeben. Die Frage der Erhöhung der Tabaksſteuer und des Tabaksmonopols hat ſeit 1879 den Bundesrath überhaupt nicht beſchäftigt und es liegt auch gegenwärtig nichts vor, was den Bundesrath veranlaſſen könnte, dieſer Frage näher zu treten. So lange ein Beſchluß der verbündeten Regierungen nicht vorliegt, iſt kein Vertreter derſelben in der Lage, irgend welche bindende Erklärungen abzugeben.

Abg. Graf Udo Stolberg: Meine Freunde haben ſich über die Frage der Straßburger Tabaksmanufactur bisher nicht ſchlüſſig gemacht, ich kann daher nur für mich perſönlich ſprechen. Daß ſie nicht mit Verluſt arbeitet, welcher aus Reichs- oder Staatsmitteln erſetzt werden muß und keine illoyale Concurrenz bereitet, beweiſt die Thatſache, daß der Landesausſchuß, der die Dinge genau geprüft hat, von neuem bedeutende Betriebsmittel für die Tabaksmanufactur bewilligt hat, was er doch nicht lediglich aus platoniſcher Liebe für die Tabaksmanufactur gethan haben wird. Die Gegner des Vorgehens der Tabaksmanufactur befinden ſich in einem Widerſpruch. Auf der einen Seite ſagt man, die Fabrikate ſeien ſo ſchlecht, daß ſie nicht gebraucht werden können, auf der anderen Seite, die Manufactur liefere dieſe Fabrikate unter dem Selbſtkoſtenpreiſe. Wäre dies der Fall, dann wäre dies die beſte Reclame für ſie. Die Sache liegt aber einfach ſo, daß die Manufactur ſehr rationell zu Werke geht, indem ſie Baarzahlung verlangt und die Fabrikate zu Engrospreiſen im Detailverkauf abgiebt. Ich wünſchte, daß dieſe beiden Grundſätze in unſerem geſammten Geſchäftsleben mehr Anklang fänden als bisher; ein großer Theil der Handwerkerfrage wäre dadurch gelöſt, daß der Handwerker energiſch Baarzahlung verlangt. (Zuſtimmung rechts.) In dem Vorgehen der Manufactur vermag ich etwas Unrechtes nicht zu erblicken; ich habe die Angriffe des Herrn Sonnemann nicht unwiderſprochen laſſen wollen, damit man nicht nachher etwa den Schluß ziehe, das Vorgehen der Manufactur ſei vom ganzen Reichstage getadelt worden.

Unterſtaatsſecretär Dr. von Mayr: Ich habe bisher geglaubt, daß die Frage des Betriebes der Tabaksmanufactur in Straßburg in einem unmittelbaren Zuſammenhange mit der Etatiſirung des Ertrages der Tabaksſteuer nicht ſteht. Ich würde deshalb auch nicht das Wort ergriffen haben, wenn mir nicht meine Stellung im Bundesrath die Pflicht auferlegte, Angriffe, wie ſie der Abg. Sonnemann gegen einen Zweig der Landesverwaltung Elſaß-Lothringens gerichtet hat, zurückzuweiſen. Auch den verbündeten Regierungen, als ſolchen, kann es nicht gleichgiltig ſein, in welcher Weiſe über irgend einen Zweig der particularen Finanzverwaltung hier geurtheilt wird, da die Tabaksmanufactur in Straßburg nicht etwa ein ganz für ſich ſtehendes Inſtitut iſt, ſondern einen Zweig der geſammten Verwaltung der Finanzen und Domänen in Elſaß-Lothringen bildet. Ich bemerke ausdrücklich, daß es beſſer geweſen wäre, wenn der Gegenſtand das hohe Haus gar nicht beſchäftigt hätte. (Lachen links.) Der Abg. Sonnemann hat zunächſt behauptet, die Manufactur hätte Circulare an alle Privaten und Beamten verſendet. In dieſem Umfange kann ich das doch nicht zugeben. Richtig iſt nur, daß man von dem Mittel der Verſendung der Circulare in weitem Umfange Gebrauch gemacht hat, und, meine Herren, das war nothwendig. Die Fabrikate der Manufactur waren in den älteren Theilen Deutſchlands ſehr wenig bekannt, und es ſchien als eine ganz angemeſſene Einleitung des Geſchäftsbetriebes, um auf dieſelbe aufmerkſam zu machen. Es iſt dies ja auch keine neue Erfindung, wie Herr Sonnemann anzunehmen ſcheint. Wenn der Herr Abgeordnete dann meinte, die Tabaksmanufactur Straßburgs ſollte eigentlich außerhalb Elſaß-Lothringens überhaupt keine Geſchäfte machen, ſo war mir dies von einem Repräſentanten der Gewerbefreiheit höchſt überraſchend. (Ah! links, Zuſtimmung rechts.) Nicht die Tabaksmanufactur in Straßburg hat angefangen, Anderen ins Gehege zu gehen; die Sache war gerade umgekehrt, die Tabaksmanufactur in Straßburg war mit einem Stück ehemaligen franzöſiſchen Monopolgebiets an Deutſchland angeſchloſſen, und da haben die deutſchen Herren Fabrikanten ſich ſehr raſch beeilt, von dem Markt Elſaß-Lothringens ihrerſeits Nutzen zu ziehen (Hört! hört! rechts), ohne daß ſie dem Reichsfiscus oder Landesfiscus von Elſaß-Lothringen Entſchädigung für den neuen Erwerbsbetrieb gezahlt hätten.

Wenn nun die Tabaksmanufactur jetzt einigermaßen ſpät Rache nimmt und, von der Gewerbefreiheit ebenfalls Gebrauch machend, den deutſchen Markt aufſucht, ſo nennt Herr Sonnemann das eine rückſichtsloſe Ausbeutung. (Heiterkeit rechts.) Die Ausdehnung der Fabrikation, von der ferner geſprochen wurde, war eine Pflicht der Landesverwaltung von Elſaß-Lothringen. Dieſelbe fand eine ſchöne, reich ausgeſtattete Fabrik vor, es zeigte ſich aber, daß der thatſächliche Geſchäftsbetrieb nicht in richtigem Verhältniſſe zu dem in der Fabrik fixirten Capital ſtand. Die Landesverwaltung that daher nur ihre Pflicht, wenn ſie dieſes Capital nutzbar machte. Dies iſt auch von allen geſetzgebenden Factoren gebilligt worden, ſowohl vom Bundesrath, als auch vom Landesausſchuß von Elſaß-Lothringen. Daß die Billigung nicht übereilt war, beweiſt der Umſtand, daß zweimal die Erweiterung der Manufactur gebilligt worden iſt vom Landesausſchuß auf Grund der Mittheilungen, die über die Tendenz der Erweiterung in den betreffenden Ausſchußverhandlungen des Landesausſchuſſes gegeben worden ſind. Daß auch einige Filialen auswärts errichtet worden ſind, widerſpricht gar nicht dem Gedanken, das Capital der Mutteranſtalt möglichſt zu verſtärken. Die Mutteranſtalt in Straßburg iſt mit Rückſicht auf die dort herrſchenden Arbeitslöhne nicht im Stande geweſen, die Cigarrenfabrikation in dem Umfange zu betreiben, wie es für den deutſchen Markt nöthig iſt. Deshalb wurden die benachbarten Filialen angeſchloſſen, die zugleich dazu dienen, das fixirte Capital der Mutteranſtalt beſſer auszunutzen und rentabler zu machen. Den Vorwurf des Abg. Sonnemann, daß von der Manufactur keine kaufmänniſche Bilanz aufgemacht wird, beſtreite ich. Es wird jährlich eine ſolche aufgemacht (hört! hört! rechts) und von einer Commiſſion, die weſentlich aus Mitgliedern des Landesausſchuſſes beſteht, controlirt. Aber urbi et orbi den ganzen geſchäftlichen Betrieb mitzutheilen, hieße der Concurrenz Waffen in die Hand geben. Ich kann nicht jede Unrichtigkeit, die über die Straßburger Manufactur in die Welt geſchleudert wird, ſofort berichtigen. Wenn ich alle die Etabliſſements ſchon gekauft hätte, die ich angeblich nach den Zeitungsnachrichten ſchon gekauft haben ſoll, dann müßten die Geſchäfte der Manufactur ganz außerordentlich ausgedehnt ſein.

Alle die Gerüchte, die beunruhigend wirken, gehen zum Theil von ganz anderen Quellen aus als von der Manufactur oder Landesverwaltung von Elſaß-Lothringen. Zu den Unrichtigkeiten, die Herr Sonnemann vorgebracht hat, und die ich nicht unberückſichtigt laſſen kann, gehört auch die, daß die Tabaksmanufactur in Straßburg Geldmittel in beliebigem Umfange zu 4 Procent aus der Landeskaſſe habe. Das iſt eine Nachricht, die mir höchſt überraſchend iſt. Es würde dies ja ſehr erwünſcht ſein, aber leider iſt es nicht der Fall. Es wird vielmehr ganz genau etatsmäßig — und davon konnte ſich der Abg. Sonnemann aus dem Etat für Elſaß-Lothringen überzeugen — beſtimmt, was an Mitteln im Ordinarium und Extraordinarium verwendet werden darf. Dieſe außerordentliche Heranziehung anderweitiger Geldmittel zu beſtimmtem Zinsfuß findet nicht ſtatt und kann nicht ſtattfinden, und ich begreife nicht, wie eine ſolche Nachricht in die Welt gebracht und in dieſem hohen Hauſe vorgebracht werden kann. (Hört, hört!) Richtig iſt nur, daß der Landesausſchuß von Elſaß-Lothringen eingeſehen hat, daß es für ein Etabliſſement dieſer Art nothwendig iſt, einen Betriebsfonds zu ſchaffen, der bisher nicht vorhanden war, und daß er zu dieſem Zwecke eine Million zur Verfügung geſtellt hat. Dieſe iſt etatsmäßig gewährt und von Verwendung beliebiger Geldmittel iſt keineswegs die Rede. Daß die Landesgeſetzgebung von Elſaß-Lothringen dieſen Betriebsfonds geſchaffen hat, deswegen brauche ich dieſelbe hier wohl nicht zu vertheidigen; aber ich glaube, jeder Großinduſtrielle wird ſofort zugeben, daß dieſer abſolut nothwendig geweſen iſt und daß im andern Falle eine rationelle Wirthſchaft unmöglich war. Derſelbe ſoll auch ſtändig beibehalten werden und zwar in der Art, daß er refundirt wird aus Ueberſchüſſen über die etatiſirten Ueberſchüſſe. Unrichtig iſt auch die Behauptung des Abg. Sonnemann, daß die Tabaksmanufactur in Straßburg vom Reich an Elſaß-Lothringen um 7 Millionen Mark überlaſſen worden ſei. Mir iſt wenigſtens von der ganzen Sache abſolut nichts bekannt. (Heiterkeit.)

Die Tabaksmanufactur in Straßburg hat niemals dem Reiche gehört, ſondern vielmehr von Anfang an Elſaß-Lothringen. Wenn der Herr Abgeordnete aber damit andeuten will, daß ein großes Capital vorhanden ſei, welches ſchlecht verzinſt werde, ſo bemerke ich, daß unter jenem Anſchlage von 7 Millionen auch bedeutende Tabaksvorräthe waren und daß dieſe beinahe die Hauptſache ausmachten. Alſo wenn ſelbſt jene Notiz richtig wäre, würde ſie für den Zweck des Abg. Sonnemann nichts beweiſen. Wenn er dann ſagte, dieſe böſe Tabaksmanufactur greift von hinterrücks gewiſſermaßen die deutſche Induſtrie an, ſo kann wohl davon keine Rede ſein; vielmehr beweiſen die eingehenden öffentlichen Verhandlungen, daß dieſelbe geradeaus und in directer Weiſe vorgegangen iſt, und zwar, ohne ſich der Oeffentlichkeit zu entziehen. Ja, meine Herren, wenn die Tabaksmanufactur im Geheimen einige Großhändler als Depoſitare und Monopoliſten für verſchiedene Provinzen gewonnen hätte, mit dem Verbot, zu ſagen, woher ſie dieſe Cigarren beziehen, und wenn ſie ein geheimes Netz der Anbahnung von Kundſchaften über Deutſchland geſponnen hätte, ſo hätte Herr Sonnemann Recht. Wenn ſie aber direct in einem offenen Circular, das Jedermann leſen kann und auch hier verleſen darf, ſich an die einzelnen Kunden wendet, ſo iſt das ein ſo ehrliches und offenes Vorgehen, wie es nur irgend in der Welt geſchehen kann. Gegen eine Anführung des Abg. Sonnemann muß ich aber entſchieden Proteſt einlegen. Er hat von einem Gewährsmann erzählt, der in den jüngſten Tagen in der Tabaksmanufactur in Straßburg geweſen. Ich weiß nicht, in welcher Eigenſchaft derſelbe dort geweſen iſt, was er geſehen, und wo man ihn herumgeführt hat. Aber daß der Mann beim Herumgehen durch die Räume entdeckt haben will, daß die Manufactur in 5 Jahren verkracht ſein wird, iſt mir unbegreiflich. Der Mann muß mit einer Intelligenz und Prophetengabe ſondergleichen ausgeſtattet ſein, oder er muß ſich täuſchen und hat dem Abg. Sonnemann etwas erzählen wollen, was dieſem angenehm iſt. Ich nehme an, daß das letztere der Fall iſt und verlange nur, nachdem er ein Unternehmen, das für die Landesfinanzen von Elſaß-Lothringen von der größten Bedeutung iſt, ſo angegriffen hat, von ihm die entſchiedenſten und ſtricteſten Beweiſe dafür, daß das, was er vorgebracht hat, richtig iſt, das bloße Beziehen auf einen anonymen Gewährsmann kann in keiner Weiſe genügen. (Beifall.)

Bundesbevollmächtigter v. Schmid (Würtemberg): Die Angriffe Sonnemanns gegen den Beſchluß der würtembergiſchen Kammer für Einführung des Monopols zwingen mich zur Abwehr. Die Idee des Monopols iſt in Würtemberg in den breiteſten Schichten des Volkes eine traditionelle. Der Standpunkt des Monopols kam ſchon Anfang der 70er Jahre bei uns zum offenen Ausdruck. Schon daraus ergiebt ſich, daß das Motiv, welches Sonnemann dem Beſchluß der würtembergiſchen Kammer unterſtellt hat, ein nicht zutreffendes iſt. Wenn er es für gut gehalten hat, gewiſſermaßen eine kritiſche Sichtung und Scheidung unter den Abgeordneten vorzunehmen, ſo glaube ich, er hat damit ſeine Competenz überſchritten. Man muß dagegen proteſtiren, daß nach der Stellung der Abgeordneten ein Schluß auf ihre Ueberzeugung in verdächtigender Weiſe gezogen wird. Die Abgeordneten, die für das Monopol geſtimmt haben, haben auf ihren Eid hin nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen gehandelt, und es iſt unzuläſſig, ihnen Beeinfluſſungen nachzuſagen, die nicht beweisbar ſind. Dieſer einfache Proteſt gegen ſolche Verdächtigungen genügt. Was Sie für ſich beanſpruchen, Unabhängigkeit der Geſinnung und des Charakters, müſſen Sie auch jenen Männern zugeſtehen. Es iſt angeführt worden, daß Moritz Mohl, der Führer der Monopolpartei, ſich 1867 noch gegen das Monopol ausgeſprochen habe. Dem gegenüber hat der Abg. Mohl ſelbſt vor Kurzem auf die namentlich in finanziellen Dingen weſentlich veränderte Geſtaltung hingewieſen. Er findet darin das Motiv für ſeine veränderte Stellungnahme für das Monopol. Man kann doch in 13 Jahren auf Grund beſſerer Ueberzeugung ſeine Anſicht ändern. Die würtembergiſche Kammer hat innerhalb ihrer Competenz gehandelt, und es iſt gerecht, ihr gegenüber den Satz zum praktiſchen Ausdruck zu bringen: Qui suo jure utitur neminem laedit.

Abg. Buhl: Trotz der Ausführungen des Unterſtaatsſecretärs von Mayr halte ich den Reichstag vollkommen für berechtigt, der Concurrenz, welche die Straßburger Manufactur der deutſchen Privatinduſtrie macht, entgegenzutreten, weil durch die Schädigung der Privatinduſtrie auch die Reichseinnahmen aus den Zöllen geſchmälert werden. Wenn die Concurrenz unter gleichen Bedingungen ſtattfände, würde ſich gegen dieſelbe weniger einwenden laſſen, aber ſchon der Titel „Kaiſerliche Manufactur" giebt derſelben ein Uebergewicht über die Privatinduſtrie, weil ſehr viele Abnehmer, wie Beamte, Offiziercaſinos u. ſ. w. ſich hierdurch beſtimmen laſſen, ihren Bedarf von dort zu beziehen. Hierzu kommt, daß der Werth der Straßburger Fabriken außerordentlich niedrig veranſchlagt iſt und deshalb eine ſehr niedrige Amortiſationsquote in Rechnung geſtellt wird. Der Staatsſecretär v. Mayr ſelbſt hat dies ſoeben beſtätigt, indem er angab, daß ein großer Theil der ſieben Millionen auf Tabaksvorräthe gerechnet worden iſt. Unter ſo günſtigen Bedingungen kann die Privatinduſtrie nicht arbeiten und ihre Beſchwerden über ungleiche Concurrenz ſind deshalb voll-

kommen gerechtfertigt. Was die Frage des Tabaksmonopols betrifft, ſo bedauere ich lebhaft, daß hierdurch in alle Intereſſentenkreiſe wieder eine große Beunruhigung getragen worden iſt. Wir ſtehen vollkommen noch auf dem Standpunkt des vorigen Jahres, wo der Reichstag entſchieden Stellung gegen das Monopol genommen hat. Unſer Tabaksſteuergeſetz iſt erſt ein Jahr alt. Daß daſſelbe bis jetzt einen ſehr geringen Ertrag geliefert hat, war vorauszuſehen. Die Schuld trifft die Regierung, welche es verſäumt hatte, rechtzeitig ein Sperrgeſetz einzubringen und der Speculation dadurch die Möglichkeit gab, große Vorräthe noch zu niedrigen Zollſätzen einzuführen. Die ſtatiſtiſchen Zahlen über den einheimiſchen Tabaksbau — der im letzten Jahre allerdings geſtiegen iſt, aber noch nicht die frühere Höhe erreicht hat — ſowie über die Zunahme des Imports beweiſen, daß bei normaler Entwickelung das jetzige Tabaksſteuergeſetz der Reichskaſſe mehr als 50 Millionen liefern wird. Durch die fortwährende Störung und Beunruhigung der Induſtrie wird dieſe Entwickelung nothwendig verhindert.

Abg. Blum bemerkt, daß er vor einem Jahre die Befürchtung hier ausgeſprochen habe, der Tabaksbau werde durch verſpätete Bekanntmachung der Ausführungsverordnungen unvorbereitet getroffen werden, dadurch zu Schaden kommen. Dieſe Befürchtung iſt in vollem Maße eingetreten, denn die Dienſtvorſchriften vom 4. Juni erſchienen und wurden in Baden erſt bekannt, nachdem der Tabak ſchon gepflanzt war, den Vorſchriften entgegen. Man verlangte zum Theil Umpflanzen des Tabaks nach Vorſchrift, und es gelang nur durch hohe Intervention, vom Tabaksbau den Schaden abzuwenden, der ihm durch verſpätete Bekanntmachung der Vorſchriften erwuchs. Was die Tabaksmanufactur in Straßburg betrifft, ſo iſt dieſelbe dem Redner vorzugsweiſe als Agitationsinſtitut bekannt. Sie hat zunächſt in Baden eine Anzahl Fabriken gekauft, um den dortigen Fabrikanten mit ihren reichen Mitteln Concurrenz zu machen. Nachdem dadurch ein Theil der ſchwächeren Fabrikanten erſchreckt Verkaufsangebote an die Straßburger Manufactur gerichtet, hat man dort dieſe Gelegenheit benützt, ſich über den Preis der Fabriken für den Fall der Einführung des Monopols zu unterrichten und dabei Drohungen wegen der alsbald eintretenden noch ſchärferen Concurrenz auszuſprechen. Gegenüber den Händlern mit Tabakfabrikaten haben die Reiſenden der Straßburger Fabrik vielfach die Drohung angewendet, daß nur diejenigen, welche mit der Manufactur jetzt in Verbindung treten, Ausſicht auf Tabaksdebit hätten bei Einführung des Monopols. Endlich unter den Tabaksarbeitern ſind freiwillige Agitatoren aufgetreten, welche den Arbeitern in Ausſicht ſtellten, daß bei der nahe bevorſtehenden Einführung des Monopols nur den bei der Manufactur verwendeten Arbeitern weitere Verwendung ſicher ſei. Auf ſolche Weiſe beunruhigt die Straßburger Manufactur und ihre freiwilligen Mitarbeiter die beſtehende Tabaksinduſtrie. Eine ſolche Agitation kann nur wirken, weil die Intereſſenten das Monopol und ſeine Bedingungen nicht kennen. Es iſt vorauszuſehen, daß dieſe Frage bei den Wahlen eine große Rolle ſpielen wird, und es iſt Sache der Gegner des Tabaksmonopols, zu denen ich gehöre, die Wähler über die Nachtheile deſſelben aufzuklären. Nicht nur das Monopol an ſich, ſondern beſonders die Einführung deſſelben gegen eine große verbreitete Privatinduſtrie iſt das gefährliche, denn vielleicht eine halbe Million Menſchen würde dadurch brotlos werden. Solcher Induſtriellen, welche durch das Monopol ruinirt würden, giebt es in der That in Würtemberg wenig. Daher erinnert das Vorgehen der würtembergiſchen Kammer für das Tabaksmonopol gegenüber meiner Heimath an das bekannte ſcherzhafte Gebet an den heiligen Florian: O, heiliger Florian, behüt' mein Haus, zünd' andere an.

Abg. Richter: Wenn in einer Landesvertretung, wie die würtembergiſche Kammer, 12 Vertreter der Ritterſchaft, 6 Prälaten, 1 Domcapitular, 1 Decan, 1 Kanzler und andere Perſonen, die nicht gewählt ſind, ſondern Kraft der Repräſentation des Amtes darin ſitzen, ſich befinden, ſo hat eine ſolche Volksvertretung viel geringere Bedeutung als eine gewählte, die der Geſinnung des Volkes unmittelbar Ausdruck giebt. Wenn ferner 14 Verwaltungsbeamte für das Monopol geſtimmt haben, ſo iſt dabei auch zu erwägen, daß ein Staatsbeamter ſehr leicht die Vorzüge der Staatsverwaltung zu überſchätzen geneigt iſt. Auf mich würde es viel mehr Eindruck gemacht haben, wenn Männer des praktiſchen Lebens ſich für das Monopol ausgeſprochen hätten. Zu den Symptomen des bureaukratiſchen würtembergiſchen Staatsweſens ſcheint mir auch zu gehören, daß die Vertretung des würtembergiſchen Landtages heute hier nicht durch einen Abgeordneten, ſondern einen abhängigen Miniſterialbeamten geführt worden iſt. Die Hauptſache ſcheint mir bei der heutigen Frage der Straßburger Manufactur, daß der Vertreter der elſaß-lothringiſchen Verwaltung heute nackt und klar proclamirt hat: die Staatsinduſtrie iſt eben ſo berechtigt, wie die Privatinduſtrie und kann ihr auf der Grundlage der Gewerbefreiheit jede Concurrenz machen, die die Privatinduſtrie ſich untereinander macht. Dabei wird überſehen, daß der Private für ſeinen Geſchäftsbetrieb mit ſeinem Geldbeutel eintritt, während für das Geſchäft einer Staatsverwaltung die Steuerzahler das Riſico tragen, nicht Herr von Mayr, der ſich, wenn das Geſchäft ſchlecht geht, vielleicht gar nicht mehr auf ſeinem Platze befindet. Daß der Landesausſchuß die Sache billigt, beweiſt wenig, da ſpielen verſchiedene Verhältniſſe mit; wir würden die Sache gar nicht discutiren, wenn ſich der Geſchäftsbetrieb nur auf Elſaß-Lothringen beſchränkte. Hier liegt derſelbe Fall vor, wie bei der Concurrenz der preußiſchen Staatsbahnen gegen die anderer deutſcher Staaten. Hier greift die Staatsmacht in die private Induſtrie über. Eine ſolche Staatsconcurrenz verfügt ja über ganz überlegene Mittel.

Die Straßburger Manufactur hat ſich ſo beeilt, vor der Zollerhöhung Rohtabak einzuführen, daß in folgenden Jahren für den Ankauf von Tabak nur ganz geringe Summen angeführt ſind. Die Privaten haben das auch gethan, ihre Geldmittel aber waren natürlich beſchränkt gegen die der Manufactur; ſo hat die Reichsverwaltung in Elſaß gegen das Reich, der Reichskanzler gegen den Reichskanzler ſpeculirt. Was ſoll daraus werden, wenn ſich die Staatsinduſtrie anderer Länder an dem Vorgehen der Straßburger Manufactur ein Beiſpiel nimmt und dazu übergeht, im ganzen Reich ſcharfe Concurrenz mit der Privatinduſtrie zu treiben. Welche Verhältniſſe im Reich müſſen daraus entſtehen? Das Prinzip der Gewerbefreiheit iſt: gleiches Recht, gleiche Sonne, gleicher Wind; aber nicht Concurrenz der Privatinduſtrie gegen die concentrirte Macht des Staates. Geht das ſo weiter auf dem Gebiete der Tabaksinduſtrie, des Verſicherungs- und des Eiſenbahnweſens, dann kommen wir der Verwirklichung des Socialismus bald ſo nahe, daß der Unterſchied zwiſchen dem Reichskanzler und dem Abg. Bebel nur noch darin beſteht, in welcher Form alle dieſe Staatsinduſtrien verwaltet werden ſollen. Es iſt nicht Zufall, daß in dem Augenblick, wo der Reichstag ſich gegen das Monopol erklärt, wie eine Antwort dieſe ſcharfe Concurrenz der Straßburger Manufactur beginnt. Man will indirect das Monopol herbeiführen, indem man die Leute mürbe macht. Der Miniſter von Bötticher hat uns wieder die bekannte Antwort gegeben, die Sache ſtehe nicht in den Acten. Wenn der Bundesrath ſo fortfährt, zu ſagen, es ſtehe nicht in ſeinen Acten, was alle Welt weiß, ſo beſchreitet er den Weg des alten deutſchen Bundesraths, der auch in allen die Nation bewegenden Fragen erklärte, er ſei nicht genügend inſtruirt. (Zuſtimmung links.) Ueber das Tabaksmonopol konnte ſich Herr von Bötticher auch nicht äußern; ſolche Zurückhaltung wird am Regierungstiſch doch ſonſt nicht geübt, wenn es gilt, über die Integrität des deutſchen Richterſtandes und der Berliner Communalverwaltung und über andere Fragen, die weit von der Reichscompetenz abliegen, ein Urtheil zu fällen. Gleichwohl hat der Reichskanzler Urtheile ausgeſprochen, die er nicht einmal ſelbſt zu begründen, geſchweige denn auf die Autorität des Bundesraths zu ſtützen vermochte.

Hier aber können wir eine officielle Antwort erwarten und brauchen uns nicht anweiſen zu laſſen von officiöſem Gellingel, von Telegrammen und Zeitungsartikeln, wie es jetzt wieder beginnt. Mit dem Monopol wird man bei den Wahlen kein Glück haben, die eine Thatſache, daß in Frankreich der billigſte Rauchtabak zum Preiſe von 5 Mark pro Pfund verkauft wird, ſchlägt das Monopol nieder. Das franzöſiſche Monopol vertheuert gerade den billigſten Tabak um 4:—500 Procent. Die feineren Tabake bringen doch nur eine ganz verſchwindend kleine Summe ein. Unter den Tabaksintereſſenten iſt aber doch Niemand ſo dumm, um nicht zu begreifen, daß, je theurer der Tabak verkauft wird, um ſo weniger geraucht wird, und je weniger geraucht wird, deſto weniger kann gebaut werden, und je weniger gebaut wird, deſto weniger wird fabricirt und deſto weniger Arbeiter werden beſchäftigt. Frankreichs Tabaksconſum beträgt nur den dritten Theil von dem Deutſchlands, und insbeſondere werden weniger Cigarren geraucht, deren Herſtellung am meiſten Arbeiter beſchäftigt. Das franzöſiſche Monopol beſchäftigt 16,000 Arbeiter, die deutſche Tabakinduſtrie 140,000 Arbeiter. In dem Kampfe um das Tabaksmonopol wollen wir ſehr gern uns mit dem Kanzler bei den nächſten Wahlen meſſen. Vor einer Steuererhöhung durch dieſen Reichstag ſind wir ſicher nach ſeinem vorjährigen Beſchluß. Das Reden über die Details hat hier gar keinen Zweck mehr. Gegen den nächſten Reichstag ſich zu ſichern, haben die Wähler ſelbſt beſſere Mittel, als unſere Reden ihnen bieten. Die Tabaksintereſſenten mögen uns daher mit ihren Eingaben verſchonen und ſtatt deſſen beſſer für ihre Intereſſen ſorgen, indem ſie ſich ſelbſt an die Spitze der Wahlbewegung ſtellen. (Beifall links!) Sie mögen dafür ſorgen, daß Keiner von denjenigen Herren wieder kommt, die für das Tabaksmonopol ſind, ſie mögen von jedem Candidaten eine klare Antwort fordern und keinem Conſervativen geſtatten, ſich damit auszureden, daß ihm die Sache noch nicht ganz klar ſei, und er ſich die Freiheit des Urtheils vorbehalte. (Unruhe rechts.) Nein, Sie werden für oder gegen das Tabaksmonopol eine klare Antwort geben müſſen. Entweder ſchafft der nächſte Reichstag eine Mehrheit, welche keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, oder es kommt ein Reichstag, bei dem nicht nur die Tabaksinduſtrie zu Grunde gehen wird, ſondern noch viel mehr in Deutſchland gefährdet ſein wird. (Beifall links.)

Unterſtaatsſecretär v. Mayr: Der Abg. Buhl hat hervorgehoben, daß durch das Vorgehen der Straßburger Manufactur die Induſtrie und die Arbeiter der Tabaksinduſtrie ſehr geſchädigt würden, und ein Rückgang der Reichseinnahmen aus Tabak ſich ergeben könnte. Wie das letztere der Fall ſein ſoll, iſt mir nicht klar; es würde dies doch nur eintreten, wenn der Tabak-Conſum abnähme. Wer aber im Einzelnen der Fabrikant iſt, ob das eine Staatsunternehmung oder ein Privater iſt, das hat auf die Rentabilität für das Reich in Bezug auf den Betrag an Zöllen und Steuern abſolut keinen Einfluß. Ja, wenn es wahr wäre, daß die Tabaksmanufactur zu Schleuderpreiſen verkaufte, ſo daß Jeder ſich recht viel von dieſen Cigarren beſchaffen ſollte, ſo würde gerade ein ſolches Vorgehen die Reichs-Einnahmen noch ſteigern. In welcher Weiſe aber eine Abnahme derſelben ſich ergeben ſollte, iſt nicht erſichtlich. Bezüglich der badiſchen Filialen iſt mir nicht erklärlich, wie aus dem Wechſel des Unternehmers irgend welche Benachtheiligung der Induſtrie oder der betreffenden Landestheile hervorgegangen ſein ſollte. Die Arbeiter arbeiteten vorher bei einem Privaten, jetzt bei einer Staatsanſtalt und befinden ſich dabei ſo gut, wie vorher, theilweiſe beſſer, und was die Unternehmer betrifft, ſo iſt ihnen in ganz loyaler Weiſe ihr Unternehmen abgekauft worden und ſind alſo keineswegs benachtheiligt worden. Der Abg. Buhl beſchwert ſich ferner — und das hat mich einigermaßen überraſcht —, daß die Tabaksmanufactur Straßburg ſich „kaiſerliche" nennt, während ſie nur eine elſaß-lothringiſche Landes-Anſtalt ſei. Ja, meine Herren, ich bin auch nur elſaß-lothringiſcher Unterſtaatsſecretär, nenne mich aber auch kaiſerlich und außerdem iſt ſchon in einem elſaß-lothringiſchen Geſetz vom 11. November 1872 ausdrücklich die Bezeichnung „Kaiſerliche Tabakmanufactur" gebraucht. Dieſe Bezeichnung „Kaiſerlich" iſt allen Staatsinſtitutionen des Reichslandes eigen und nothwendig damit verbunden. (Sehr richtig! rechts.)

Ein Körnchen Wahrheit allerdings ſteckt in dieſem Angriff. Wiſſen Sie, was in den Kreiſen unſerer Concurrenten eigentlich am meiſten Aerger erregt hat? Das iſt, daß die Cigarrenfabrikation die erſte iſt, die offen und klar mit ihrer Firma hervortritt, während die deutſchen Fabrikanten alle möglichen und unmöglichen ſchönen amerikaniſchen und ſpaniſchen Firmen darauf prangen laſſen. (Zuruf: Es giebt ein Menge deutſcher Firmen!) Bei den Rauch- und Schnupftabaken hat auch die Privatinduſtrie von jeher die Bezeichnung der Firma gehabt, nicht aber bei Cigarren. Was die Bemerkung des Abg. Buhl bezüglich des Tabaksſteuer- und des Sperrgeſetzes betrifft, ſo iſt heute nicht die Zeit, auf eine Kritik der damaligen Tabakſteuergeſetzgebung einzugehen, jedenfalls ſollten es die am wenigſten thun, welchen gerade an der Conſervirung dieſes Geſetzes ſo außerordentlich viel gelegen iſt. Auch ſind die Filialen in Baden nicht gekauft worden, um Concurrenz zu machen, ſondern um Cigarren zu machen. (Heiterkeit.) Daß daraus eine Concurrenz entſtand, war erſt die Wirkung der Urſachen. Die Erzählung des Abg. Blum über die Modalitäten ſeitens der Organe der Tabaksmanufactur bei dem Ankauf von Filialen hat mich gefreut, weil ich daraus entnehme, daß dieſe Organe dabei mit großer Sorgfalt vorgegangen ſind. Drohungen an Arbeiter, daß ſie für den Fall der Einführung des Monopols keine Beſchäftigung fänden, wenn ſie nicht in Filialen wären, ſind mir durchaus unbekannt. Wenn in den Kreiſen von Fabrikanten und Arbeitern Hoffnungen nach der Richtung hin entſtehen, ich habe kein Recht, dieſelben zu zerſtören. Wenn ſodann der Abgeordnete Richter es nicht für richtig hält, in das Detail der Angriffe einzugehen, ſo habe ich dabei den Eindruck gewonnen, als ob die Waffen, von denen er für dieſen Fall Gebrauch zu machen hätte, ſich kaum als ſehr ſchneidig erweiſen dürften (Oho! links), ſonſt hätte er wohl ein ſolches Eingehen nicht geſcheut.

Der Abg. Richter hat geſagt, bei den Staatsbeamten ſei es erklärlich, daß ſie die Bedeutung der Staatsinduſtrie überſchätzten. M. H., das Gegentheil iſt auch der Fall. Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß diejenigen, die nicht Staatsbeamte ſind, die Bedeutung der Staatsinduſtrie unterſchätzen, wenigſtens hat dieſer Ausſpruch ebenſoviel Berechtigung, wie der des Abg. Richter (Zuruf: O nein! links.) Wenn er ferner davon ſprach, es haftete der Unterſtaatsſecretär v. Mayr nicht mit ſeinem Geldbeutel, ſo iſt die Frage noch nicht definitiv entſchieden, vielleicht würde eine ſolche Haftung nach der Entſcheidung des Rechnungshofes eintreten, aber viel wichtiger ſcheint mir doch die ſorgfältig bei den Staatsinſtitutionen geregelte Verantwortlichkeit der Verwaltung. Denn dieſe kann nicht blindlings ins Blaue hineinarbeiten und ſich ohne weiteres zu unzweckmäßigen Speculationen verleiten laſſen, da ſie durch den Etat gebunden iſt. Was ſeine Bemerkung betrifft, die Tabaksmanufactur hätte hübſch beſcheiden in Elſaß-Lothringen bleiben und nicht über den Rhein kommen ſollen, ſo müßte er bei ſeiner Bedenklichkeit darüber, daß eine Staatsanſtalt die Grenzen des betreffenden Particularſtaates mit ihren Verkäufen überſchreitet, auch gegen Baiern einſchreiten, denn ich erinnere mich, in verſchiedenen Straßen wohlbeleuchtete Inſchriften geleſen zu haben, wo bairiſches Hofbräubier verzapft wird. (Heiterkeit.) Auch dieſes wird außerhalb der bairiſchen Landesgrenzen verkauft. Daß derartige Grenzen in das einheitliche deutſche wirthſchaftliche Gebiet von dieſer Seite des Hauſes (links) hineingetragen werden, iſt höchſt merkwürdig und verdient volle Beachtung.

Was nun ſeine Anführung bezüglich der Anſchaffung von Tabak vor Inkrafttreten des Tabaksgeſetzes betrifft, ſo war eben die Privat-Induſtrie nicht an einen Etat gebunden, die konnte beliebig kaufen und hat dabei Millionen profitirt. Elſaß-Lothringen mit ſeiner Tabaksmanufactur war dagegen an den Etat gebunden, und es iſt eine vollſtändige Unwahrheit, daß damals große Mengen von Tabak gekauft worden ſeien. Dieſe unglückliche Zeitungsnotiz beruhte auf einem Druckfehler, und da war eine ganze Million weggelaſſen. Sehen Sie ſich die wirklichen Zahlen im Etat an, dann werden Sie ſehen, daß das Gegentheil von dem, was der Abg. Richter behauptet hat, wahr iſt, daß nämlich in den letzten Jahren mehr angekauft worden iſt, als 1879/80. (Der Redner weiſt dies ſodann ziffermäßig nach.) Nein, meine Herren, ich kann es als Geſchäftsmann nur bedauern, daß nicht von Seiten der Tabaksmanufactur in Straßburg rechtzeitig in demſelben Maße, wie es die Privatinduſtrie gethan hat, von der Gelegenheit billigen Bezuges Gebrauch gemacht werden konnte. Bezüglich der Tabak- und Nachſteuer befand ſich deshalb die Tabaksmanufactur in Straßburg in einer viel ungünſtigeren Lage gegenüber der Privatinduſtrie, und Alles, was in der Richtung ſeitens des Abg. Richter vorgebracht worden, iſt abſolut unrichtig. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff: So vollſtändig, wie heute Herr Richter, iſt wohl noch ſelten Jemand abgeführt worden. (Heiterkeit.) Herr Richter und ſeine Freunde beklagen ſich immer ſo ſehr, daß die Tabaksinduſtrie gar nicht zur Ruhe käme, weil von mir und von anderer Seite immer wieder der Monopolgedanke angeregt würde. Nun frage ich aber: Von wem geht denn die größte Beunruhigung aus? Doch gerade von den Blättern, denen Herr Richter nahe ſteht. Es iſt keine dieſer Zeitungen, in der nicht durch irgend einen Artikel vor dem Monopol bange gemacht würde. Wenn Herr Richter glaubt, daß die nächſten Wahlen ſchon ein Parlament zu Tage fördern würden, das das Monopol nicht bewilligen werde, ſo verſtehe ich nicht, weshalb er ſich trotzdem ſo ſehr ereifert. Uebrigens habe ich meinen Wählern ganz offen geſagt, daß ich Anhänger des Tabakmonopols bin, und viele Andere auch.

Herr Richter irrt entſchieden, wenn er daſſelbe für unpopulär hält. Unpopulär mag es bei den großen Tabaksinduſtriellen ſein, aber nicht bei den Arbeitern und der großen Maſſe der Bevölkerung. Um im Lande das Monopol populär zu machen, braucht man nur zu erklären, es werde ſo viel einbringen, daß dafür die ganze Klaſſenſteuer erlaſſen werden könne. Nun meint man aber, eine blühende Induſtrie und der blühende Tabaksbau würden dadurch geſchädigt. Ich kann weder der Tabaksinduſtrie, noch dem Tabaksbau die Stelle zuerkennen, welche andere productive Induſtrien haben, z. B. die Eiſen- oder Textilinduſtrie. Es genügt die einfache Erwägung, daß ſo und ſo viel Millionen unproductiv in die Luft geblaſen werden, es genügt die Thatſache, daß ſich ein Fünftel unſerer Bevölkerung dieſen Luxus auf Koſten der übrigen vier Fünftel geſtattet, um den Wunſch rege zu machen, daß die Revenüen aus dem Tabak erheblich erhöht werden. Auch der Tabaksbau iſt ein ſehr zweifelhaftes Ding. Mir iſt von verſtändigen Landwirthen geſagt worden, daß ſie ihr Aufblühen erſt von dem Moment an datiren könnten, wo ſie mit dem Tabaksbau gebrochen hätten. — Daß unter der Herrſchaft des Monopols die Zahl der Tabaksarbeiter nicht abnehmen werde, erſcheint mir zweifellos. Große Arbeiterkreiſe Weſtfalens haben ſich ſogar für das Monopol erklärt. Wenn auf dieſem Gebiete die Staatsconcurrenz ſo verſchrieen wird, ſo verweiſe ich darauf, daß ſolche doch auch auf anderen Gebieten ſchon beſteht. Auch unſere Steinkohlenbergwerke machen Concurrenz und tragen damit zur Regulirung der Preiſe bei. Wenn wir das große finanzielle Reſultat des Monopols in Frankreich, Oeſterreich und England betrachten, dann müſſen wir uns ſchämen, daß bei uns der Tabak in ſo geringem Betrage herangezogen wird. Hoffentlich macht der nächſte Reichstag irgend eine Form der Beſteuerung ausfindig, durch welche aus dem Tabak erhöhtere Einnahmen gewonnen werden können.

Abg. Windthorſt: Die jetzige Geſetzgebung über die Beſteuerung des Tabaks iſt in der Meinung zu Stande gekommen, daß damit die Frage wenigſtens vorläufig abgeſchloſſen ſein ſollte. Uebrigens iſt das Geſetz noch gar nicht vollſtändig ausgeführt. Warten wir doch ab, was das Geſetz in ſeiner vollen Wirkung liefert, und möge man dann, wenn ſich herausſtellt, daß die Erwartungen nicht erfüllt werden, mit neuen Anträgen kommen. An unſerem im Vorjahr gefaßten Beſchluſſe, über den ja die namentliche Abſtimmung vorliegt, zu rütteln, iſt kein Anlaß vorhanden. Meine Freunde und ich haben deshalb nicht nöthig, ſich von Neuem über dieſe Frage zu äußern. Was die Straßburger Manufactur betrifft, ſo habe ich die Ueberzeugung, daß man derſelben rechtlich nichts anhaben kann; ſie hat das Recht des Betriebes nach ihrer Convenienz, gerade ſo, wie es eine Reihe anderer induſtrieller Unternehmungen anderer Länder haben. Nur fällt ihr Betrieb deshalb mehr auf, weil auf dieſem Gebiete bis dato noch keine Concurrenz in Deutſchland beſtand. Sonſt haben wir in Preußen faſt auf allen Gebieten Staatsbetrieb, nicht nach meinem Wunſch, aber nach den vorhandenen Thatſachen. Wenn die Straßburger Manufactur ſich in den nöthigen Grenzen gehalten hätte, ſo wären auch keine Klagen erhoben worden; ich bedauere indeſſen, daß eine Staatsanſtalt in ſolcher Weiſe Concurrenz macht, wie dies hier geſchieht. Mir iſt nicht zweifelhaft, daß dieſe Evolutionen der Manufactur weſentlich mit betrieben werden, um indirect das Monopol herbeizuführen, und man könnte es auf dieſe Weiſe möglicherweiſe erreichen, daß die Tabaksinduſtrie ohne jede Entſchädigung allmälig monopoliſirt wird. Man braucht ja nur den Kreis allmälig ausdehnen, nach und nach entweder Fabriken anzukaufen oder durch die Concurrenz zu tödten, und das Ziel iſt erreicht. Ueber die Frage der beabſichtigten geſetzlichen Einführung des Monopols hat ſich der Staatsſecretär mit diplomatiſcher Geſchicklichkeit geäußert: er wiſſe vom Monopol ebenſo wenig, wie der Bundesrath. Auch glaube ich vollkommen ſeiner Verſicherung, daß an den Bundesrath dieſe Frage noch nicht wieder gelangt iſt. Wegen des eminent politiſchen Geſichtspunkts aber, den das Monopol hat, befürchte ich keineswegs eine baldige Vorlage dieſer Art. Den Herren, die uns wegen der Manufactur ſo mit Petitionen beſtürmt haben, möchte ich von dieſer Stelle aus im Hinblick auf die Erklärungen des Staatsſecretärs den Rath geben, zunächſt den elſaß-lothringiſchen Inſtanzenzug zu erſchöpfen und ſich dann eventuell von Neuem an den Bundesrath zu wenden; erſt wenn ſie dort abgewieſen ſind, können ſie formaliter an uns kommen. Wir werden dann die Gründe der Herren zu prüfen haben und eventuell nach dieſer oder jener Richtung Anträge formuliren können. So wie die Sache heute liegt, ſind wir ohne jedes Material. Zur Zeit ſehe ich im Hinblick auf den Beſchluß des Reichstages keine Furcht.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg: Der Abg. v. Kardorff hat das Tabaksgeſchäft mit dem Opiumhandel und der Opiumgewinnung in Parallele geſtellt und hierdurch angedeutet, als ſei daſſelbe weniger legitim oder weniger moraliſch als andere Induſtriezweige. Ich muß hiergegen die entſchiedenſte Verwahrung einlegen und möchte den Abg. v. Kardorff fragen, wie er es mit ſeiner Auffaſſung vereinigen kann, den Betrieb einer nach ſeiner Meinung verwerflichen Fabrikation auf den Staat zu übertragen. (Sehr gut!) Unſere Tabaksinduſtrie iſt eine alte und ſo hoch entwickelte, wie irgend ein Induſtriezweig; ſie gewährt vielen Tauſenden von Menſchen Lebensunterhalt. Können Sie es dieſen Leuten verdenken, wenn ſie ſchließlich durch die beſtändige Unruhe, in welcher ſie ſeit Jahren erhalten werden, durch die Sorge um ihre bedrohte Exiſtenz nervös werden? Der Abg. v. Kardorff behauptet, dieſe Unruhe werde nur durch Zeitungen, welche dem Abg. Richter nahe ſtehen, hervorgerufen. Hat der Abgeordnete von Kardorff denn in den letzten Tagen in der officiöſen Preſſe nicht die Unterredung geleſen, welche ein Tabaksfabrikant mit dem Reichskanzler gehabt und in welcher der letztere ſeine Abſicht, das Tabaksmonopol einzuführen, offen ausgeſprochen hat? Wenn ein fortſchrittliches Blatt die Nachricht bringt, das Tabaksmonopol ſtehe in Ausſicht, ſo beunruhigt das keinen Menſchen, wenn aber der Reichskanzler ſelbſt es ſagt, ſo wirkt das allerdings allarmirend. Was die Klagen über das Vorgehen der Straßburger Tabaksmanufactur betrifft, ſo liegen uns darüber Petitionen vor, deren Erledigung dem Hauſe noch Gelegenheit geben wird, die einzelnen Thatſachen näher zu unterſuchen. Die Reihe von Behauptungen, welche in den Petitionen enthalten ſind, kann jedenfalls nicht durch einfachen Widerſpruch als erledigt gelten. So iſt die Behauptung darin enthalten, daß die Manufactur in ganz tendenziöſer Weiſe die Preiſe der Fabrikate bis unter den Rohtabakpreis herabgedrückt habe, um die Privatfabriken zu verdrängen und theilweiſe zu ruiniren. Das ſind Dinge, von denen ich nicht weiß, ob ſie wahr ſind, die aber nothwendig genauer unterſucht werden müſſen. Ich theile die Meinung der Petenten nicht, daß es der Straßburger Manufactur abſolut verwehrt ſein ſollte, ihre Producte zu verkaufen, wo und wie immer ſie will. Sie iſt ebenſo berechtigt, ſie im Elſaß wie im übrigen Deutſchland zu verkaufen, und thut dabei ganz daſſelbe, was die öſterreichiſche Regie in ſehr vielen Städten Süddeutſchlands thut.

Allein die Beſchwerde iſt hauptſächlich dagegen gerichtet, daß die Straßburger Fabrikation in einer Weiſe, welche dem Gebahren ſolider Fabrikanten widerſpricht, ſich direct an die einzelnen Kunden wendet, ihnen die geringſten Beträge zu Engros-Preiſen abgiebt und in ihren Circularen die Güte ihres Productes mit wirklich nicht ſchönen Seitenblicken auf die Güte des Concurrenzproductes hervorhebt, daß ſie den Namen „kaiſerlich" als Druckmittel auf Beamte benutzt; daß ſie ſich in unabſehbarer Weiſe in Deutſchland ausdehnt, Fabriken in Deutſchland ankauft und den deutſchen Concurrenz macht. Was haben alle dieſe Dinge mit der Gewerbefreiheit zu thun, auf welche Herr v. Mayr ſich beruft? Hat man die Gewerbefreiheit ſo verſtanden, daß der Staat mit ſeinen Mitteln ſchrankenlos der Privatinduſtrie Concurrenz machen kann? Der Herr Unterſtaatsſecretär wies darauf hin, daß man von keiner Seite etwas dagegen eingewendet habe, als die deutſche Privatinduſtrie im Jahre 1870 in Elſaß-Lothringen eindrang und dort Boden zu faſſen ſuchte, und daß es deshalb nur eine gerechte Vergeltung ſei, wenn die Straßburger Manufactur ihrerſeits nun der deutſchen Privatinduſtrie Concurrenz mache. Aber was hätte denn damals die deutſche Induſtrie hindern ſollen, ſich in Elſaß-Lothringen auszubreiten? In den Kreiſen der Reichsregierung waren damals andere Anſchauungen über den Fortbetrieb der Manufactur maßgebend; als Vorſitzender der Commiſſion für den reichsländiſchen Etat kann ich bezeugen, daß faſt in jedem Jahre Debatten über das Aufhören der Manufactur ſtattfanden, und daß man ſowohl von Seiten der Regierung wie des Reichstages darüber einig war, daß die Aufhebung der Manufactur nur eine Frage der Zeit ſei.

Herr v. Mayr hat ſodann auf die hieſigen Filialen des Münchener Hofbräuhauſes hingewieſen. Es würde mit vollem Rechte darüber geklagt werden, wenn das bairiſche Hofbräuhaus Berliner Brauereien ankaufen und hier Bier brauen würde; wie das in Berlin gebraute Bier ausfallen würde, wiſſen wir freilich nicht (Heiterkeit); aber das Hofbräuhaus hat nur zwei Niederlagen in Berlin. Die Brauerei ſelbſt iſt unter den Münchener Brauereien eine verhältnißmäßig ſehr unbedeutende Anſtalt. Von 562,207 in München gebrauten Hectolitern ſind nur 22,320 in der Hofbrauerei gebraut. Eine ſolche Anſtalt iſt mit der Straßburger Tabaksmanufactur gar nicht zu vergleichen. Als im letzten bairiſchen Landtage der Malzaufſchlag erhöht wurde, den das Hofbräuhaus nicht zu bezahlen braucht, ſo würde man ſich mit vollem Rechte über ein illoyales Verfahren beſchwert haben, wenn das Hofbräuhaus dieſe Gelegenheit benutzt hätte, um im Intereſſe der Concurrenz die Erhöhung des Bierpreiſes, zu welcher die übrigen Brauereien gezwungen waren, nicht mitzumachen, denn man würde dann mit Staatsgeldern der Privatinduſtrie eine unberechtigte Concurrenz gemacht und die letztere in eine ſchwierige Lage gebracht haben. Genau ſo, wie die Verhältniſſe in Baiern in dieſem Punkte ſind, liegen die Verhältniſſe bei der Straßburger Manufactur, und daſſelbe Urtheil, was ich dort abgegeben habe, muß ich auch hier abgeben, wenn die Angaben der uns vorliegenden Petitionen ſich bewahrheiten. (Beifalls links.)

Unterſtaats-Secretär v. Mayr: Es iſt nicht Aufgabe des Reichstages, in das Detail der elſaß-lothringiſchen Verwaltung einzugehen. Auch ich muß dagegen proteſtiren, daß in dem directen Verkehr der Manufactur mit den Conſumenten ein unſolides Geſchäftsgebahren liege. Ueberwucherung des Zwiſchenhandels iſt gewiß keine ſolide Erſcheinung des Geſchäftsbetriebes. Herrn von Stauffenbergs Theorie der Gewerbefreiheit läuft darauf hinaus, daß er ſagt: Ich laſſe die Gewerbefreiheit gelten, ſo lange ſie mir gefällt und ſo lange ſie mir paßt! (Oho! links) wenn ſie aber darüber hinausgeht und ein nur nicht genehmer Concurrent in Frage kommt, laſſe ich ſie nicht mehr gelten. In welchem Lande ſind denn Staatsanſtalten von der Gewerbefreiheit eximirt? Ich möchte überhaupt davor warnen, daß in dem geſchäftlichen Concurrenzkampfe der Straßburger Manufactur mit verſchiedenen anderen deutſchen Tabaksfabrikanten der Reichstag ſich ohne Weiteres auf die Seite der einen Gruppe der Concurrenten ſtellt, zumal er doch über dieſem Kampfe ſtehen ſollte. In der erſten Aufregung unmittelbar nach der Eroberung beſtand allerdings die Abſicht der weiteren Benutzung

der Manufactur noch nicht. Ich habe mich aber auch ſehr vorſichtig geäußert; ich habe zugegeben, daß uns recht ſpät die Vergeltung komme für die Invaſion jenes Gebietes ſeitens der deutſchen Fabrikanten. Es hätte ja an ſich freigeſtanden, jenes kleine Monopolgebiet beizubehalten zum Nutzen der Finanzen Elſaß-Lothringens. Uebrigens iſt der Kampf gegen den Staatsbetrieb auch in Preußen von ſehr unſicherer Baſis ausgeführt worden. Auf der einen Seite meinte man, der Staat ſei außer Stande, den Bedürfniſſen der Conſumenten Rechnung zu tragen; andererſeits hieß es: Mit der Staatsinduſtrie könne keine Privatinduſtrie concurriren. Was den bairiſchen Hofbräubetrieb betrifft, ſo könnte ich darauf hinweiſen, daß nicht blos hier, ſondern auch anderwärts, z. B. in Straßburg, ſich derartige Verkaufsſtellen befinden. Von meinem Standpunkt der vollen Gewerbefreiheit aus (Lachen links) habe ich aber ſelbſtverſtändlich nichts dagegen einzuwenden. In einer Hinſicht ſteht aber die Tabaksmanufactur wieder ungünſtiger als das bairiſche Hofbräuhaus: erſtere muß nämlich die volle innere Steuer verwenden und für allen fremden Tabak, den ſie einführt, den vollen Zoll bezahlen. In dieſer Beziehung arbeitet alſo die Manufactur auf derſelben Baſis wie die deutſche Privattabaksfabrikation.

Abg. Richter (Hagen): Herr v. Kardorff behauptete, im vorigen Jahr ſeien aus Weſt.alen Petitionen für das Monopol gekommen. Die Sache liegt umgekehrt, es iſt aus dem Wahlkreiſe des Herrn von Kleiſt-Retzow eine Petition von Arbeitern mit 3- bis 4000 Unterſchriften gekommen, die ſich gegen das Monopol erklärte. Der Abg. v. Kardorff wird ſich jetzt wohl — um ſeine Sprache zu brauchen — für genügend abgeführt halten. (Heiterkeit.) Ich gebe übrigens zu, man kann ſich leicht auch gegen ſeinen Willen in thatſächlichen Angaben irren. So iſt es zu entſchuldigen, daß ich einige Angaben, die wie der Herr v. Mayr erklärt, auf einem Druckfehler beruhn, wiedergegeben habe, nachdem ſie unbeanſtandet in der Preſſe und in parlamentariſchen Verhandlungen paſſirt ſind. Ich bedauere, daß uns poſitive Mittheilungen über die Zahlen auch heute nicht geworden ſind. Mit dem Capitel „Steuerverſprechungen" macht man jetzt kein Glück mehr, Herr von Kardorff. Der Reichskanzler hat beim erſten Tabaksſteuergeſetz ſo viel verſprochen, nicht nur Abſchaffung der ganzen Klaſſenſteuer, ſondern auch das Verbot einer Klaſſenſteuererhebung für die Communen und von alledem iſt ſo wenig nach Bewilligung von 130 Millionen neuer Steuern realiſirt worden, daß das bloße Verſprechen auf Niemand mehr Eindruck macht. — Jeder einfache Mann ſagt ſich auch, was nützt mir im beſten Falle ein Erlaß von 3 oder 6 oder 9 M., wenn ich jedes Pfund Tabak, das jetzt 1 oder 1½ M. koſtet, dann nach franzöſiſchen Grundſätzen mit 5 M. bezahlen muß. Wir verwerfen ja auch das Monopol nicht nur aus politiſchen und wirthſchaftlichen Gründen, ſondern auch aus finanziellen. Wir ſagen, das Monopol an ſich iſt nicht nur eine falſche Einrichtung, es iſt nicht blos die Form, eine hohe Steuer aufzulegen, ſondern es vertheuert den Tabak noch beſonders durch die Form ſeines Betriebes.

Die amtliche Enquete-Commiſſion hat ſich aus dem Grunde mit 8 von 11 Stimmen gegen das Monopol ausgeſprochen. Vergeſſe man doch nicht, das Monopol kann auch erſt eingeführt werden, wenn eine Entſchädigung von 695 Millionen Mark nach den Anſchlägen der Enquete-Commiſſion vorhergeht. Dieſes Entſchädigungscapital muß verzinſt und amortiſirt werden, ehe von einem Reingewinn des Monopols geſprochen werden kann. Dann hat Herr von Kardoff gemeint, es ſei häßlich, daß ſo viel Tabak in die Luft geblaſen wird. Ich betheilige mich daran nicht, muß aber ſagen, wenn er glaubt, daß beim Monopol weniger in die Luft geblaſen wird, dann iſt er um ſo weniger im Stande, die großen Verſprechungen, welche er macht, zu erfüllen. (Zuſtimmung.) Spricht man vom moraliſchen und unmoraliſchen Conſum, ſo liegt es doch näher, auf den Branntwein zu kommen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Herren auf der rechten Seite nur den zehnten Theil des Intereſſes, welches ſie für den ungeſtörten Betrieb der Branntweininduſtrie haben, auf die Tabaksinduſtrie anwenden wollten, die größer und wichtiger iſt, dann wären wir zufrieden. Das aber iſt ein Kräutlein „rühr mich nicht an", ja Bauer das iſt ganz was anderes. Nach dem kleinen Tabakbauer fragen Sie wenig, aber die großen Branntweinbrenner werden geſchützt, wie keine andere Induſtrie. Da mußten Sie anſetzen, um Einnahmen zu ſchaffen und noch verſchiedene moraliſche Zwecke zu erreichen und zwar bei der Quelle müſſen Sie anfaſſen, und nicht beim Schankwirth. Herr von Kardorff hat ja in der Preſſe ſeinen Freunden gerathen, ſich doch eine kleine Erhöhung der Branntweinſteuer gefallen zu laſſen, etwa 15 Millionen, denn ſonſt müßten Sie, wenn die Reichstagsmajorität eine andere würde, noch viel mehr bluten.

Herr von Kardorff iſt vorſichtiger wie ſeine Freunde, findet aber keine Anerkennung, ſie rücken nicht einmal die 15 Millionen heraus. Mir iſt das recht, denn es wird eine Zeit kommen, wo der Branntwein noch ganz anders bluten muß, um die unmoraliſchen Zölle auf Lebensmittel rückgängig zu machen. Jetzt will ich noch mit Herrn von Mayr abrechnen. Ich denke, was die Stellung des Reichstages erheiſcht, darüber brauchen wir nicht gerade von ihm eine wiederholte Belehrung entgegen zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Von einem Herrn, der eine ſehr abhängige Stellung in der Reichsregierung einnimmt, der heute zwar auf jenem Platze ſteht, wenn aber was paſſirt, ein Mißverſtändniß, morgen nicht mehr da iſt. Unter Gewerbefreiheit verſtehen wir etwas anderes, wie die Herren, nämlich die Freiheit des Erwerbes für Private, aber nicht die Freiheit des Staates mit der Zwangsgewalt, die er hat, dem Bürger, welcher die Steuer aufbringt, Concurrenz zu machen. Die Erhaltung dieſes Princips der Abwehr der Staatsconcurrenz gegen das Privatgewerbe, iſt für uns die Hauptſache. (Sehr richtig, links.) Uebrigens iſt es ja anerkennenswerth, daß der Herr Unterſtaatsſecretär ſich für die Gewerbefreiheit im Princip ausgeſprochen hat. Hüten Sie ſich nur, daß es der Herr Reichskanzler nicht hört, ſonſt könnte ein Mißverſtändniß paſſiren. (Große Heiterkeit.) Es könnte plötzlich etwas von einem Commiſſar neben ihnen verleſen werden, was Sie wie durch eine Verſenkung verſchwinden macht und niemals werden Sie wieder geſehen. (Stürmiſche Heiterkeit.).

Der Herr Reichskanzler ſteht nämlich nicht auf dem Standpunkt der Gewerbefreiheit. Er hat ſich erſt kürzlich für das Monopol erklärt. Wenn alſo Herr v. Mayr das Monopol nicht will, ſo iſt es bei der Sachkenntniß, die er ſich bei der Manufactur erworben hat, ein neuer ſtarker Grund gegen das Monopol. Deshalb laſſe ich mich auf Details nicht ein, weil dieſe elſäſſiſche Concurrenz nur eine kleine Conſequenz der geſammten Wirthſchaftspolitik iſt, und es mir darauf ankommt, dieſer durch eine andere Zuſammenſetzung des Reichstages demnächſt eine Grenze zu ziehen. Es iſt ja ſehr erfreulich, wenn Herr v. Mayr ſich für finanziell verantwortlich anſieht für ſeine Verwaltung, obgleich der Herr Reichskanzler ſolche Erklärung nicht gern ſieht. Ich weiß zwar nicht, wie potent Herr v. Mayr iſt. Doch glaube ich, daß er den Umfang des Schadens, den er anrichten kann, unterſchätzt, wenn er glaubt, denſelben mit ſeinem Vermögen wieder gut machen zu können. Gewiß iſt die Manufactur berechtigt, ſich „kaiſerlich" zu nennen, aber ſie ſollte ſich auch deshalb bewußt bleiben, daß ſie eine Firma trägt, die nicht jeder trägt, daß dieſelbe nicht hinabſteigen darf in den Kreis der gewöhnlichen Privatconcurrenz (ſehr richtig!), nicht mit dem kaiſerlichen Adler Reclame machen darf. Andernfalls erhöht ſie nicht die Autorität der Behörden, welche im Namen des Kaiſers auftreten und den kaiſerlichen Adler führen, ſondern über allen kleinen Privatintereſſen erhaben auf ihrer Höhe bleiben. Endlich hat Herr von Mayr gemeint, daß in den badiſchen Filialen der Manufactur keine Concurrenz, ſondern Cigarren gemacht werden. (Heiterkeit.) Wenn dort in den badiſchen Fabriken aber nicht beſſere Cigarren gemacht werden, als hier von Herrn von Mayr Witze (ſtürmiſche Heiterkeit), ſo bedauere ich, vor dem Bezuge jener Cigarren nicht genug warnen zu können.

Präſident von Goßler: Es wird mir ſoeben mitgetheilt, daß der Abg. Richter geſagt hat, der Herr Regierungsvertreter hätte ſchlechte Witze gemacht. Ich kann nicht annehmen, daß dieſe Aeußerung ſich in den Grenzen einer parlamentariſchen Redewendung bewegt. (Lebhafter Widerſpruch links.) Das iſt meine Meinung und ich trete für dieſelbe ein, mehr können Sie von mir nicht verlangen. (Zuſtimmung rechts.)

Abg. Fürſt von Hohenlohe-Langenburg: Der Abg. Richter hat die Unabhängigkeit der Mitglieder der würtembergiſchen ritterſchaftlichen Abgeordneten in Zweifel gezogen. Ich muß dagegen auf das Entſchiedenſte proteſtiren. Die ritterſchaftlichen Abgeordneten ſind ebenſo unabhängig, wie der Abg. Richter, ja, ich glaube ſogar, daß er gewiſſen Einflüſſen nicht ganz unzugänglich iſt. Er hat uns dann in einem pomphaften Tone zugerufen, wir ſollten uns doch offen für das Tabaksmonopol erklären. Ich für meine Perſon habe keinen Augenblick Anſtand genommen, in öffentlichen Verſammlungen zu erklären, daß ich für das Tabaksmonopol bin. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff geht auf die Frage der Spiritusbeſteuerung näher ein und hebt hervor, daß der Erhöhung der Branntweinſteuer erhebliche Schwierigkeiten entgegenſtünden; dies ſei auch allſeitig anerkannt. Deutſchland könne aus dem Branntwein nicht die Summen ziehen, die andere Staaten daraus entnehmen, weil die Brennerei ein Fundament für die Landwirthſchaft der öſtlichen Provinzen Preußens ſei. Er nehme allerdings den Standpunkt ein, daß die Maiſchraumſteuer etwas erhöht werden könne, er finde aber erheblichen Widerſpruch bei ſeinen landwirthſchaftlichen Collegen, und zwar, weil damit die mittleren und kleineren Brennereien, welche die Grundlage des mittleres Grundbeſitzen bilden, verſchwinden würden.

Damit ſchließt die Debatte. In einer perſönlichen Bemerkung erklärt Abg. Richter Hagen, daß er die würtembergiſchen Abgeordneten durchaus nicht als abhängig habe bezeichnen, ſondern nur ſagen wollen, daß ihre Voten nicht das Gewicht hätten, wie die Voten der vom Volke gewählten Abgeordneten. Dann, fährt der Abgeordnete Richter fort, iſt meine letzte Aeußerung in der Unruhe falſch verſtanden worden. Jeder muß ſich ſelbſt Schranken in ſeiner Redefreiheit ziehen, und ich bin geneigt, ſie viel enger zu ziehen, als der Reichskanzler uns gegenüber thut. Ich habe geſagt: der Unterſtaatsſecretär von Mayr hat die Bemerkung gemacht, daß in den badiſchen Fabriken nicht Concurrenz gemacht werde, ſondern Cigarren. An dieſe — ich kann nicht ſagen witzige, aber ſcherzhafte Bemerkung habe ich den Scherz geknüpft: Wenn die Cigarren, die dort gemacht werden, nicht beſſer ſind, als die Witze des Unterſtaatsſecretärs von Mayr, ſo muß ich Jeden warnen, ſeine Cigarren von dort zu beziehen. Ob ich damit die Grenzen der Redefreiheit überſchritten habe, überlaſſe ich der Meinung des Hauſes; ich bin ſehr gern geneigt, meine Bemerkung in Bezug auf die Cigarren zurückzunehmen, in Bezug auf die Witze kann ich mein Urtheil nicht zurücknehmen. (Große Heiterkeit.)

Inzwiſchen iſt dem Präſidenten der ſtenographiſche Wortlaut der betreffenden Stelle aus Richter's Rede vorgelegt worden, der aber nicht vollſtändig iſt, da die Stenographen bei der Heiterkeit den Satz nicht verſtanden haben. Der Präſident überzeugt ſich aber, daß die Worte nicht den ſcharfen Sinn haben, den er nach den ihm gewordenen Mittheilungen annehmen mußte; er erklärt die Sache damit für erledigt.

Der Titel „Tabakſteuer" wird bewilligt.

Beim Titel „Rübenzuckerſteuer" führt Abg. Witte (Mecklenburg) aus, daß die Einnahme aus derſelben eine viel höhere ſein werde, als im Etat vorgeſehen. Nach den Nachrichten über die verſteuerte Rübenmenge ſind ungefähr 101,600,000 Mark Steuer gezahlt; an Bonificationen werden zu zahlen ſein 45 Millionen Mark, ſo daß ein Reinertrag von 56,600,000 M. in Ausſicht ſtehe, während der Etat nur 49 Millionen Mark annehme. Die Frage der Exportbonification müſſe einer Neuregulirung unterzogen werden; das ſei mit eine Aufgabe der Steuerreform, wenn ſie nicht blos eine Steuererhöhung bezwecke.

Schatzſecretär Scholz bemerkt, daß die Annahme des Vorredners nicht ganz zutreffe, weil nicht alle Steuern zur Vereinnahmung gelangten, ſondern vielfach auf Credit angeſchrieben würden.

Die Rübenzuckerſteuer (49,553,000 M.) wird genehmigt; ebenſo die Salzſteuer 36,368,730 M., die Branntweinſteuer 34,854,120 M. und die Branſteuer 15,095,760 M.

Es folgt die Einnahme aus den Averſen.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

• In dem Bericht über die geſtrige Rede des Abg. Buhl über die Einfuhr von Weintrauben iſt zu berichtigen, daß nicht 2,046,000, ſondern nur 246,000 Centner eingeführt worden ſind, und daß eine badiſche Firma nicht 5—600,000, ſondern nur 5 - 6000 Hektoliter gekeltert hat.

Berlin, 17. März. [Ihre Kaiſerlichen und Königlichen Majeſtäten] empfingen geſtern Abend den Beſuch Sr. Kaiſerlichen Hoheit des Großfürſten Nicolaus und Seiner beiden Söhne bei deren Durchreiſe durch Berlin und heute den Beſuch Sr. Hoheit des Prinzen und der Prinzeſſin Wilhelm von Baden.

[Ihre Majeſtät die Kaiſerin und Königin] beſuchte geſtern das Auguſta-Hoſpital und heute den Wohlthätigkeits-Verkauf für den Frauen-Groſchen-Verein.

[Se. Kaiſerliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] begab Sich geſtern Vormittag 10 Uhr zum Kaiſer und empfing gegen 11 Uhr den Geſandten Grafen Limburg-Stirum. (R.-Anz.)

Telegraphiſche Depeſchen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

München, 17. März. Großfürſt Konſtantin von Rußland trifft heute Abend mit ſeinem Sohne hier auf der Durchreiſe nach Petersburg ein. — Dem heute in der griechiſchen Kirche abgehaltenen Trauergottesdienſt wohnten Prinz Luitpold, als Vertreter des Königs, ſämmtliche Prinzen und Prinzeſſinnen, ſowie das diplomatiſche Corps, die Miniſter und die höchſten Hof- und Staatsbeamten bei.

Karlsruhe, 17. März. Der Kronprinz von Schweden iſt in Folge der Erkrankung des Königs heute Nacht 2¼ Uhr nach Stockholm abgereiſt. Der Großherzog und die Großherzogin nahmen geſtern die Glückwünſche der Abgeordneten verſchiedener Gemeinden, ſowie die der polytechniſchen Hochſchule und des polytechniſchen Vereins entgegen.

Peſt, 17. März. Unterhaus. Miniſterpräſident Tisza beantwortete heute die Interpellation des Deputirten Helfy in Betreff der griechiſchen Frage mit dem Hinweis auf die Erklärungen Haymerle's vom vorigen Herbſt, daß das Beſtreben deſſelben ſtets dahin gerichtet geweſen ſind und dahin gerichtet ſein werde, im Einverſtändniſſe mit den europäiſchen Mächten dahin zu wirken, daß der Friede wenn irgend möglich nicht geſtört und daß, wenn dies nicht erreichbar ſein ſollte, doch jede friedensſtörende Rückwirkung auf die Verhältniſſe der europäiſchen Staaten zu einander verhütet werde. Das zwiſchen den europäiſchen Mächten beſtehende Einvernehmen laſſe hoffen, daß wenigſtens dies letztere auch im ſchlimmſten Falle zu erreichen ſein werde. Mehr zu ſagen geſtatte ihm die Rückſicht auf die übrigen Mächte nicht. Die Antwort des Miniſters wurde zur Kenntniß genommen.

Paris, 17. März. Der Senat lehnte die Beträge ab, um welche auf Antrag der Commiſſion für Leinenfäden und Hanffäden die von der Kammer beſchloſſenen Zollſätze erhöht werden ſollten. Dem Vernehmen nach iſt auf die neue Rentenanleihe bis Mittags in der Centralſchatzkaſſe bereits eine Milliarde gezeichnet. — Wegen der in der vergangenen Nacht verbreiteten, die Nihiliſten beglückwünſchenden Anſchläge erfolgte eine Verhaftung.

Neapel, 16. März. Großfürſt Konſtantin iſt nach Petersburg abgereiſt.

London, 17. März. Das Unterhaus berieth das Kriegsbudget und genehmigte debattenlos die Feſtſetzung der Heeresſtärke des nächſten Jahres auf 134,060 Mann.

London, 17. März. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage Northcote's erklärt Gladſtone, die Blättermeldung von einem zwiſchen General Wood und den Boern zum Abſchluß gelangten Arrangement ſei verfrüht, die Unterhandlungen würden noch fortgeſetzt.

Oberhaus. Lord Granville erklärt Lord Stratheden gegenüber, die Regierung habe außer den bereits veröffentlichten Depeſchen von der franzöſiſchen Regierung in der griechiſchen Frage keine Depeſchen erhalten.

London, 17. März. Nach einer Meldung der „Times" aus Mount Proſpect fand geſtern eine längere Verhandlung zwiſchen den engliſchen Bevollmächtigten und den Vertretern der Boern ſtatt. Letztere acceptirten die meiſten der engliſcherſeits vorgeſchlagenen Bedingungen und behielten ſich nur einen oder zwei Punkte zur weiteren Erwägung vor, worüber am Freitag oder Sonntag abermals verhandelt werden ſoll. — Nach einer weiteren Mittheilung des „Reuter'ſchen Bureaus" handelt es ſich bei der heute früh aus Newcaſtle gemeldeten Wiederaufnahme der militäriſchen Operationen lediglich um Maßnahmen, die mit den in den Waffenſtillſtands-Bedingungen mit den Boern vereinbarten Proviantzuführungen zuſammenhängen.

Petersburg, 17. März. Der „Agence Ruſſe" zufolge wird das Miniſterium des Auswärtigen morgen ein Circular an die Botſchaften und Geſandtſchaften verſenden, welches das Programm der Politik der neuen Regierung enthält. Der Kaiſer und die Kaiſerin begaben ſich heute in den Winterpalaſt, um dort proviſoriſch Wohnung zu nehmen.

Stockholm, 17. März. Die Lungenentzündung des Königs nahm an Ausdehnung zu. Der Nachtſchlaf war gut, jedoch mittelſt Schlafmittel. Der allgemeine Zuſtand iſt relativ befriedigend. Abends 6 Uhr war der Zuſtand weſentlich unverändert.

Kopenhagen, 17. März. Der Kronprinz begiebt ſich zu den Beiſetzungsfeierlichkeiten nach Petersburg.

Telegraphiſche Courſe und Börſen-Nachrichten.

(W.T.B.) **Paris**, 17. März, Abends. [Boulevard.] 3% Rente —.—. Neueſte Anleihe 1872 121, 03. Türken 13, 20. Neue Egyptier 362, 50. Banque ottomane —, —. Italiener 90, 40. Chemins —, —. Oeſterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 98⅝. Spanier exter. 21, 43, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Ruſſen — —. Türkenlooſe 48, 12. Türken 1873 —, —. Amortiſirbare —, —. Orient-Anleihe —. Pariſer Bank —. Feſt.

Frankfurt a. M., 17. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Courſe.] Londoner Wechſel 20, 512. Pariſer Wechſel 80, 88. Wiener Wechſel 174, 15. Köln-Mindener-Stamm-Actien 151. Rheiniſche Stamm-Actien 162¾. Heſſiſche Ludwigsbahn 91⅝. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131¼. Reichsanleihe 101¼. Reichsbank 145⅛. Darmſtädter Bank 145⅞. Meininger Bank 96½. Oeſterr.-Ungariſche Bank 705, 50. Creditactien*) 259⅝. Silberrente 65¾. Papierrente 63⅝. Goldrente 79⅛. Ungariſche Goldrente 97⅞. 1860er Looſe 121⅞. 1864er Looſe 314, 60. Ungariſche Staatslooſe 224, 00. Ungar. Oſtbahn-Obligat. II. 88. Böhmiſche Weſtbahn 224⅞. Eliſabethbahn 177¼. Nordweſtbahn 170⅞. Galizier 235. Franzoſen *) 250. Lombarden*) 89¼. Italiener 90¼. 1877er Ruſſen 92⅝. 1880er Ruſſen 74⅝. II. Orientanleihe 59⅝. III. Orientanleihe 59⅝. Central-Pacific 112¼. Wiener Bankverein 109¾. Kronpr. Rudolf —, —. Ungariſche Papierrente — —. Elbthal —. Lothringer Eiſenwerke — —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Matt.

Nach Schluß der Börſe: Creditactien 259⅜. Franzoſen 249¾. Galizier — —. Lombarden —. Ungar. Goldrente — —. 1880er Ruſſen — —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe — —. Oeſterr.-Ungar. Bank —.

*) per medio reſp. per ultimo.

Hamburg, 17. März, Nachm. [Schluß-Courſe.] Preuß. 4proc. Conſols 101, Hamburger St.-Pr.-A. 126¾, Silberrente 66, Oeſt. Goldrente 79¼, Ung. Goldrente 97⅝, Credit-Actien 258¾, 1860er Looſe 122⅛, Franzoſen 625, Lombarden 224, Ital. Rente 89⅛, 1877er Ruſſen 92⅛, 1880er Ruſſen 73⅝, II. Orient-Anl. 57¾, Laurahütte 109⅛, Norddeutſche 162¼, 5% Amerik. 94⅜, Rhein. Eiſenbahn 163½, do. junge 158¼, Berg.-Märkiſche do. 113, Berlin-Hamburg do. 229, Altona-Kiel do. 156½. Discont 2¼ %. Still.

Hamburg, 17. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine beſſer. Roggen loco und auf Termine feſt. Weizen pr. April-Mai 209, 00 Br., 208, 00 Gd., pr. Juni-Juli 215, 00 Br., 214, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Gd., pr. Mai-Juni 186, 00 Br., 185, 00 Gd. Hafer feſt. Gerſte ſtill. Rüböl ruhig. loco 54, 50, pr. Mai 54, 50. Spiritus ſtill, per März 47¾ Br., per April-Mai 47, 00 Br., per Mai-Juni 47, 00 Br., per Juni-Juli 47, 00 Br. Kaffee ſtetig, Umſatz 5000 Sack. Petroleum flau, Standard white loco 8, 30 Br., 8, 10 Gd., per März 8, 20 Gd., per Auguſt-December 8, 10 Gd. Wetter: Schön.

Poſen, 17. März. Spiritus pr. März 52, 20, pr. April 52, 50, pr. April-Mai 52, 70, pr. Juli 54, 00. Gek. 20,000 Liter. Flau.

Liverpool, 17. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umſatz 10,000 Ballen. Feſt. Tagesimport 9000 Ballen, davon 8000 B. amerikaniſche. Middl. amerikaniſche März-April-Lieferung 6 7/32 D.

Liverpool, 17. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umſatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaniſche ungefähr 1/16 D. theurer. Middl. amerikaniſche April-Mai-Lieferung 6¼, Mai-Juni-Lieferung 6 5/16 D.

Liverpool, 17. März, Nachm. Officielle Notirungen. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Definitiver Umſatz — Ballen. Upland good ordinary 5¾, Upland low middl. 6, Upland middl. 6 3/16, Mobile middl. 6 3/16, Orleans good ordinary 5½, Orleans low middl. 6 1/16, Orleans middl. 6¼, Orleans middl. fair 7¼, Pernam fair 6 9/16, Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 6 11/16, Maranham fair 6 11/16, Egyptian brown middl. 5¼, Egyptian brown fair 6¾, Egyptian brown good fair 7¼, Egypt. white middl. —, Egyptian white fair 6⅞, Egyptian white good fair 7¼, Smyrna fair —, M. G. Broach fair —, Dhollerah middl. 3⅞, Dhollerah good middl. 3⅞, Dhollerah middl. fair 4¼, Dhollerah fair 4 9/16, Dhollerah good fair 4 15/16, Dhollerah good 5⅜, Domra fair 4 9/16, Domra good fair 4 15/16, Domra good 5⅜, Scinde fair 4⅜, Bengal fair 4⅜, Bengal good fair 4⅝, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5⅝, Madras Weſtern fair 4½, Madras Weſtern good fair —.

Peſt, 17. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco feſt, auf Termine etwas feſter, pr. Frühjahr 11, 25 Gd., 11, 30 Br., pr. Herbſt 10, 25 Gd., 10, 30 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 40 Gd., 6, 42 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 85 Gd., 5, 87 Br. Kohlraps 12⅞. — Wetter: Schön.

Paris, 17. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen feſt, pr. März 29, 75, pr. April 29, 25, pr. Mai-Juni 28, 75, pr. Mai-Auguſt 28, 40. Roggen ruhig, per März 21, 75, pr. Mai-Auguſt 21, 25. Mehl feſt, per März 63, 00, pr. April 62, 75, pr. Mai-Juni 62, 00, pr. Mai-Auguſt 61, 75. Rüböl ruhig, pr. März 71, 50, pr. April 72, 00, per Mai-Auguſt 73, 50, pr. September-December 74, 50. Spiritus ruhig, pr. März 60, 50, pr. April 60, 75, pr. Mai-Auguſt 59, 75, pr. September-December 58, 25. — Wetter: Schön.

Paris, 17. März, Nachmittags. Rohzucker 88° loco feſt, 57, 25 bis 57, 50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. per März 67, 60, per April 67, 75, per Mai-Auguſt 68, 25.

London, 17. März, Nachm. Havannazucker Nr. 12 24. Feſt.

Glasgow, 17. März, Nachm. Roheiſen. (Schluß.) 48, 01.

Antwerpen, 17. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer feſt. Gerſte ſtill.

Antwerpen, 17. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 21 bez., 21¼ Br., per April 20¾ Br., per September-December 21¼ Br. Steichend.

Bremen, 17. März, Nachmittags. Petroleum niedriger. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 00, per April 7, 90, per Mai 7, 90, per Auguſt-December 8, 20. Alles Brief.

Handel, Induſtrie ꝛc.

London, 17. März. [Bankausweis.] Totalreſerve 17,733,000 Pfd. St., Abn. 9,000 Pfd. St., Notenumlauf 25,157,000 Pfd. St., Abnahme 211,000 Pfd. St., Baarvorrath 27,890,000 Pfd. St., Abn. 220,000 Pfd. St., Portefeuille 22,901,000 Pfd. St., Zun. 1,853,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 26,093,000 Pfd. St., Zun. 1,523,000 Pfd. St., Guthaben des Staatsſchatzes 11,896,000 Pfd. St., Zun. 331,000 Pfd. St., Notenreſerve 16,489,000 Pfd. St., Zun. 25,000 Pfd. St., Regierungsſicherheit 15,863,000 Pfd. St., unverändert. Procentverhältniſſe der Reſerve zu den Paſſiven: 46¾ pCt. Clearinghouſe-Umſatz 138 Mill., gegen die entſprechende Woche des Vorjahres Zunahme 11 Millionen.

Elberfeld, 17. März. [Die Einnahmen der Bergiſch-Märkiſchen Eiſenbahn] betrugen im Monat Februar 1881 4,417,496 Mark gegen 4,563,149 Mark im Februar 1880, mithin Mindereinnahme 145,653 Mark. Vom 1. Januar bis ult. Februar 8,850,531 Mark gegen 9,243,277 Mark in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres, mithin Mindereinnahme 392,746 Mark. Die Einnahmen der Ruhr-Sieg-Eiſenbahn incl. Finnentrop-Olpe betrugen im Monat Februar 1881 496,834 Mark gegen 552,696 Mark im Monat Februar 1880, mithin Mindereinnahme 55,862 Mark. Die Einnahmen der Bergiſch-Märkiſchen Eiſenbahn und der Ruhr-Sieg-Eiſenbahn zuſammen betrugen im Monat Februar 1881 4,914,330 Mark gegen 5,115,845 M. im Monat Februar 1880, mithin Mindereinnahme 201,515 M.

Die Einnahmen der Bergiſch-Märkiſchen Eiſenbahn und der Ruhr-Sieg-Eiſenbahn zuſammen betrugen vom 1. Januar bis ult. Februar d. J. 9,843,323 Mark gegen 10,357,724 Mark im Jahre 1880, mithin Mindereinnahme 514,401 Mark.

---

§ **Breslau**, 17. März. [Submiſſion auf Schienen und eiſerne Schwellen.] Die Lieferung von 1) 2,591,640 Kilogr. Beſſemer-Stahl-Schienen, 2) 4,874,580 Kilogr. dergleichen, 3) 4,558,800 Kilogr. eiſerne Langſchwellen, 4) 148,900 Kilogr. Laſchen aus Beſſemerſtahl ſtand u. A. bei der königl. Eiſenbahn-Direction in Hannover zur Submiſſion. Pro 1000 Kilogr. offerirten frei Verladeſtationen der betreffenden Werke: Gutehoffnungshütte, Actien-Geſellſchaft in Oberhauſen, ad 1 zu 164 M., ad 2 zu 162 M., ad 4 zu 164 M.; Eiſen- und Stahlwerk in Osnabrück ad 1 zu 161 M., ad 2 zu 159 M., ad 3 zu 153,50 M., ad 4 zu 164 M.; Bochumer Verein für Gußſtahlfabrikation ad 1 zu 155 M., ad 2 zu 160 M., ad 3 zu 149 M., ad 4 zu 164,50 M.; Friedr. Krupp in Eſſen ad 1 und 2 zu 162,50 M.;

Eiſen- und Stahlwerk Höſch in Dortmund ad 1 zu 162 M., ad 2 zu 166 Mark; Phönix, Actien-Geſellſchaft in Laar bei Ruhrort, ad 1 zu 159 M., ad 2 zu 162 M., ad 4 zu 165 M.; Union, Actien-Geſellſchaft in Dortmund, ad 1 zu 159 M., ad 2 zu 162,50 M., ad 4 zu 164 M.; Actien-Geſellſchaft Rheiniſche Stahlwerke in Meiderich-Ruhrort ad 1 zu 159,50 M., ad 2 zu 163,50 M.; Hörder Bergwerk- und Hüttenverein ad 1 zu 158,50 Mark, ad 4 zu 159 M.; Geſellſchaft für Stahl-Induſtrie in Bochum ad 2 zu 161,50 M.

Berliner Börse vom 17. März 1881.

Fonds- und Geldcourse.

Deutsche Reichs-Anl.	4	101,25 bzG
Consolidirte Anleihe	4½	105,90 bzG
do. do. 1876	4	101,40 bzG
Staats-Anl.	4	100,50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	98,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	152,60 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	104,00 bzG
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,90 bz
Pommersche	3½	91,50 bz
do.	4	100,40 bz
do.	4½	101,60 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,70 G
Schlesische	3½	92,30 bz
Lndschaftl. Central	4	100,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100,75 B
Pommersche	4	100,50 G
Posensche	4	100,10 bzG
Preussische	4	100,10 G
Westfäl. u. Rhein.	4	100,50 B
Sächsische	4	100 75 bzB
Schlesische	4	100,40 bz
Badische Präm.-Anl.	4	135,75 B
Baierische Präm.-Anl.	4	135,75 bz
do. Anl. v. 1875	4	101,00 G
Cöln-Mind. Prämiersch.	3½	131,50 G
Sächs. Rente von 1876	3	79,00 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial Obl.	5	109,25 etbzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B.	4½	104,10 G
do. do.	5	102,30 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	102,00 bzG
do. do. do.	5	103,60 bzB
Unkdbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Kündbr. do. (1872)	5	105,70 bz
do. rückbz. à 110	5	113,00 bz
do. do. do.	4½	107,70 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	109,30 bz
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	101,90 G
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	100,50 B
do. do. Pfandbr.	5	100,25 G
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	106,50 G
do. do. II. Em.	5	103,40 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	123,10 bz
do. do. II. Em.	5	120,50 G
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	107,90 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	104,30 bz
Meininger Präm.-Pfd.	4	120,50 bzG
Pfbd. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr. Pfadbr.	5	104,20 bzG
do. do.	4½	104,50 bzG
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104.10 G
do. do.	4½	102,80 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	65,60 bzG
do. (1/4. 1/10.)		65,60 bz
do. Goldrente	4	79,00 bzG
do. Papierrente	4⅕	63,75 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	113,90 bzG
do. Lott.-Anl. v. 60	5	122 90 bz
do. Credit-Loose	fr.	339,00 G
do. 64er Loose	fr.	315,60 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	145,60 bz
do. do. 1866	5	142,50 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	59,50-60 bz
do. II. do. v. 1878	5	59,80 bz
do. III. do. v. 1879	5	59 50-60 bz
do. Engl. v. 1871	5	90,80 bz
do. do. v. 1872	5	90,80 bz
do. Anleihe 1877	5	94,25 bzG
do. do. 1880	4	74.25 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	84,50 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	80,00 bzB
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	83,00 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	65,00 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p. l. J. r. 100,50
do. 5% Anleihe	5	100,00 ebG [G
Ital. 5% Anleihe	5	90,40 bzB
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	93,00 B
Rumänische Anleihe	8	— —
Rumän. Staats-Obligat.	6	93,50 bzG
Türkische Anleihe	fr.	— —
Ungar. Goldrente	6	97.60 G
do. Loose (M. p. St.)	fr.	224,90 B
Ung. Invest.-Anleihe	5	94,25 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	92 50 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose		51 00 B
Türken-Loose		39,00 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg. Märk. Serie II.	4½	103 00 B
do. III. v. St. 3½ g.	3½	92,70 bz
do. do. VI.	4½	104,50 B
do. Hess. Nordbahn	4½	103,00 G
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,50 bzG
do. B.	4½	101,70 bzG
do. Lit. C.	4½	101,60 G
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	103,50 G
do. do. G.	4½	103,25 B
do. do. H.	4½	103,10 bzG
do. do. J.	4½	103,10 bzG
do. do. K.	4½	103,20 B
do. von 1876	5	106,30 G
Breslau-Warschauer	5	103,00 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	100,25 G
do. Lit. B.	4½	102,75 G
do. IV.	4	100,25 G
do. V.	4	100,25 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,80 G
Märkisch-Posener	4½	102,75 G
Niederschles.-Märk. I.	4	100,40 B
do. do. II.	4	99 80 G
do. Obl. I. u. II.	4	100,40 B
do. Obl. III.	4	100,20 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	100.40 G
do. D.	4	100.40 G
do. E.	3½	92,90 etbzG
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	103.70 B
do. von 1873.	4	100 40 bzG
do. von 1874.	4½	140,80 B
do. von 1879	4½	104,90 B
do. von 1880.	4½	103.80 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	102,75 G
do. do. III. Em.	4½	102,75 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103 80 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	102,90 bzB
Charkow-Asow gar.	5	93,50 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	91 25 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	— —
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar.	5	100,00 bzG
Dux-Bodenbach	5	86,50 G
do. II. Emission	5	84,25 bz
Prag-Dux	fr.	64,75 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	89,75 B
do. do. neue	5	88,60 bzG
Kaschau-Oderberg	5	81,00 bzG
do. Gold-Prior.	5	94,75 bzG
Ung. Nordostbahn	5	74,60 bz
Ung. Ostbahn	5	74,10 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	80,00 G
do. do. II.	5	84 75 bz
do. do. III.	5	81,75 bz
do. do. IV.	5	79 75 bz
Mährische Grenzbahn	5	69,25 bzG
Mähr. Schl. Centralbahn	fr.	33,00 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	84,50 bzG
Oesterr.-Französische	3	379,00 bzG
do. do. II.	3	373,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	289,50 bzG
do. neue	3	281,75 G
do. Obligationen	5	98,10 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	100,75 bzG
Warschau-Wien II.	5	103,80 G
do. III.	5	102.00 bz
do. IV.	5	100,80 bz
do. V.	5	100.80 bz
do. VI.	5	102,30 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,75 bz
do do	2 M.	3	168,15 bz
London 1 Lstr.	8 T.	3	20,50 bz
do. do.	3 M.	3	20,36 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,85 bz
do. do.	2 M.	3½	80,45 bz
Petersburg 100 SR.	3 W.	6	209.80 bz
do. do.	3 M.	6	208,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	210,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	174.40 bz
do. do.	2 M.	4	173,50 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 283,75 bz
Badische 35 Fl.-Loose 178,00 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 98.10 bzG
Oldenburger Loose 151,60 bz

Ducaten — —	Dollar 4 26 G
Sover. 20,42 bz	Oest. Bkn. 174,55 bz
Napoleon 16,22 bzB	do. Silbergd. — —
Imperials 60,60 G	Russ. Bkn. 211,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1879	1880		
Aachen-Mastricht	¾	—	4	34 50 bzB
Berg.-Märkische	4¼	—	4	112,80 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	117,75 bz
Berlin-Dresden	0	—	4	16,50 bzG
Berlin-Görlitz	0	—	4	23,70 bz
Berlin-Hamburg	12½	—	4	227,00 bzB
Berl.-Potsd.-Magdb.	4	—	4	— —
Berlin-Stettin	4¾	4¾	4¾	117,50 bzG
Böhm. Westbahn	6	—	5	112 40 bz
Bresl.-Freib.	4¾	—	4	105,25 bz
Cöln-Minden	6	6	3	150,70 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	—	4	104,90 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	—	4	117,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	24,25 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	4	59,80 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	69,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	203,25 bz
Märk.-Posener	0	—	4	27,50 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	6	150,80 G
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	91 50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	109 20 G
Oberschl. A. C. D. E.	9⅗	—	3½	195,00 bzG
do. B.	9⅗	—	3½	159,20 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	502,00-501,00
Oest. Nordwestb.	4	—	5	342,50 bzB
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	181 00-80,50
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	41,10 bzB
Rechte-O.-U.-B.	7 3/10	—	4	144,75 bz
Reichenberg-Pard.	4	—	4½	60,20 bzB
Rheinische	7	6½	6½	162,50 bzG
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	100,25 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	12,60 bzG
Rumän. Eisenbahn	3⅗	3⅓	3⅓	67,00 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	40,50 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,10 bz
Thüringer Lit. A.	5½	—	4	170,60 bzG
Warschau-Wien	11⅔	—	4	285,50 bz
Weimar-Gera	4½	—	4½	51,20 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	51,60 bzG
Berlin-Görlitzer	3⅓	—	5	86,25 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	48,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	3½	—	5	97,90 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	48,00 bzG
Märkisch-Posener	5	—	5	102,10 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	89,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	125,20 bzG
Marienburg-Mlawa	5	—	5	89,00 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	81,40 bzB
Oels-Gnesen	0	—	5	39,75 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	67,75 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7 3/10	—	5	143,75 bzG
Rumänier	8	—	8	— —
Saal-Bahn	0	—	5	63,50 bzG
Weimar-Gera	0	—	5	36,00 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut.-Hand.-G.	4	6	4	86,00 bzG
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	9 9/10	4	172,00 G
Berl. Handels-Ges.	5	5½	4	100,00 bzG
Brl. Prd.- u. Hdls.-B.	4⅓	4⅓	4	76,50 bzG
Braunschw. Bank	4½	4⅔	4	92,60 bzG
Bresl. Disc.-Bank	5½	6	4	94,10 bzG
Bresl. Wechslerb.	6	6⅔	4	99,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	5	3	4	86,50 bzG
Danziger Priv.-Bk.	5	5⅓	4	169,00 bzG
Darmst. Creditbk.	9½	—	4	144,90 bzG
Darmst. Zettelbk.	5⅓	5⅓	4	107,10 G
Dessauer Landesb.	6½	—	4	118,50 bz
Deutsche Bank	9	—	4	147,80 bz
do. Reichsbank	5	6	4½	145,80 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	6	5¼	4	91,50 B
Disc.-Comm.-Anth.	10	10	4	174,00 bzG
do. ult.	10	10	4	174,75-74,10
Genossensch.-Bnk.	7	7¾	4	119,00 bzB
do. junge	7	—	4	
Goth. Grundcredb.	5	—	4	92,90 G
do. junge	5	—	4	93,30 bzG
Hamb. Vereins-B.	7	6⅔	4	— —
Hannov. Bank	4½	5½	4	105,50 B
Königsb. Ver.-Bnk.	5	4	4	98,50 G
Ludw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	72,00 bz
Leipz. Cred.-Anst.	10	9	4	145,75 bz
Luxemburg. Bank	10	—	4	135,10 bzG
Magdeburger do.	5⅕	5⅘	4	115,00 G
Meininger do.	0	5	4	96,25 G
Nordd. Bank	10	10	4	162,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	56,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	4⅔	5⅝	4	94,50 bz
Oest. Cred.-Actien	11¼	11¼	4	519,00-518,00
Posener Pro.-Bank	7	7½	4	117,25 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	0	6⅙	4	97,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	126,00 B
Preuss. Immob.-B.	—	7⅓	4	107,25 bzG
Sächs. Bank	6	6⅙	4	119,75 B
Schl. Bank-Verein	6	6	4	106,50 bzG
Wiener Unionsbk.	6	—	4	230,00 G

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	11,75 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	130,00 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	6 00 G
Märk. Sch. Masch.-G.	0	—	4	31 50 bzG
Nordd. Gummifab.	1½	0	4	42,50 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	2	2½	4	89,00 bzG
Schles. Feuervers.	22	—	fr.	1050 B
Bismarckhütte	12	—	4	106,50 bzB
Donnersmarckhütt.	1½	—	4	57,40 bzG
Dortm. Union	0	—	4	12,25 G
do. St.-P. Lit. A.	2	—	6	85,30 bz
Königs- u. Laurah.	6½	—	4	109,75 bzB
Lauchhammer	0	—	4	— —
Marienhütte	4	—	4	72,50 bzG
Cons. Redenhütte	8	—	4	129,25 B
do. Oblig.	6	6	6	100,00 G
Schl. Kohlenwerke	—	—	4	c. — —
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	98,00 G
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	104,00 G
do. Oblig.	5	5	5	107,00 B
Oppeln. Portl. Cem.	4¼	—	4	66,00 G
Groschowitzer dto.	4	6½	4	79,00 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	66,75 B
Vorwärtshütte	0	0	4	27,25 bz
Bresl. E.-Wagenb.	3⅓	6⅔	4	84,00 bzG
do. ver. Oelfabr.	7½	—	4	84 50 bzG
do. Strassenbahn	6¼	—	4	127,00 bzG
Erdm. Spinnerei	0	0	4	32,25 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	3	—	4	79,00 B
Hoffm. s Wag.-Fabr.	2	—	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	41,75 bzB
Schl. Leinenind.	6	—	4	96.25 B
do. Porzellan	2	—	4	29,75 bzG
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 17. März. [Börſe.] Der große Tag der franzöſiſchen Milliarden-Subſcription iſt erſchienen. Die hohen Erwartungen, welche man auf ihn geſetzt hatte, ſind aber nicht in Erfüllung gegangen. Wohl iſt die Liquidation in Paris glatt verlaufen, auch ſind keine Anſtrengungen geſcheut, eine ſteigende Bewegung neuerdings in Fluß zu bringen, dennoch haben die franzöſiſchen Renten einen merklichen Rückgang erfahren, der alle Börſenplätze in harte Mitleidenſchaft gezogen hat. Eine unheimliche, gedrückte Stimmung lagert auf allen Gemüthern, das Publikum ſucht ſich ſeines Effectenbeſitzes aus Furcht vor etwaigen Ueberraſchungen zu entledigen, gleichzeitig legt ſich die Contremine ſchärfer ins Zeug, da von allen Seiten eine Fluth ungünſtiger Momente heranſtürmt. Die abermalige Aufſchiebung der Reiſe unſeres Kronprinzen nach Petersburg, die neuen Entdeckungen, welche die ruſſiſchen Polizei-Organe bezüglich der fanatiſchen Energie der gegen Geſetz und Recht revoltirenden Maſſen gemacht hat, die verheerenden Wirkungen des Hochwaſſers in mehreren Theilen Deutſchlands und Oeſterreich-Ungarns, ſowie die Verſteifung des Geldſtandes ſind Factoren, welche vereinigt mit erdrückendem Gewicht auf die Tendenz der Börſen wirken. Die Börſe trug dementſprechend heute ein entſchieden mattes Gepräge zur Schau, welches weniger in den Courſen, als vornehmlich in dem abſoluten Mangel an Kaufluſt und der Neigung zu Realiſationen zum Ausdruck gelangte. In erſter Reihe waren es wiederum die ruſſiſchen Werthe, welche ſtark offerirt waren, ſämmtliche Anleihen, ſowie auch ruſſiche Noten, erfuhren beträchtliche Courseinbußen. Auch die öſterreichiſchen mußten ohne Ausnahme der ungünſtigen Stimmung im Courſe Conceſſionen machen. Oeſterreichiſche Nebenbahnen kamen wenig in den Verkehr, waren aber matt und notiren niedriger. Lombarden mußten erheblich nachgeben, da die vorwöchentliche Mehreinnahme nur 1675 Fl. beträgt, Franzoſen hielten ſich bei ruhigerem Verkehr beſſer. Creditactien waren angeboten und verloren, nachdem ſie 2 Fl. niedriger als geſtern eingeſetzt hatten, in der erſten Viertelſtunde noch weitere 1⅛ M. Auf dem localen Markte waren Bahnen in Folge der nicht befriedigenden Betriebsausweiſe des vorigen Monats recht matt und im Courſe weichend, insbeſondere hatten Mainzer und Freiburger ſtark zu leiden, wie auch Bergiſch-Märkiſche, deren Ausweis pro Februar eine Mindereinnahme von 201,515 M. conſtatirt. Banken verloren bei mäßigen Umſätzen durchſchnittlich ½ pCt. Unter dem Einfluſſe der rückgängigen Bewegung der Glasgower Roheiſennotiz hatten Montanwerthe ſcharfe Angriffe Seitens der Baiſſepartei zu beſtehen, welche Laura wie auch Dortmundern weſentliche Coursverluſte beibrachten. Im weiteren Verlaufe der Börſe blieb die Tendenz matt und luſtlos, die meiſten Papiere erfuhren eine langſame Coursabbröckelung, nur ruſſiſche Noten, von einem erſten hieſigen Hauſe in großen Summen aufgenommen, konnten ihren Preisſtand verbeſſern. Schluß etwas beſſer auf feſtere Pariſer Notirungen.

Courſe um 2½ Uhr: Erholt. Credit 518,50, Franzoſen 500,50, Lombarden 181,50, Reichsbank 145,80, Disconto-Comm. 174,37, Handels-Geſellſchaft —,—, Laurahütte 109 50, Dortmunder Union 85 25, Bergiſche 112,87, Rumäniſche Rente 93 37, Türken —,—, Italiener 90,00, Oeſterreichiſche Gold-Rente 79,12 dito Silber-Rente 65,62, dito Papier-Rente 63,87, Ung. Goldrente 97,62, 5proc. Ruſſen 1877 94,50, 4proc. do. 1880er 74,37, Köln-Mindener —, —, Rheiniſche —, —, II. Orient-Anleihe 59,75 do. III. 59,50, Ruſſ. Noten 210,75, Wiener Bankverein 219,00, Buſchtiehrader 73,00, Inveſtitionsanleihe 94,25, Jütländiſche —.

Coupons. (Courſe nur für Poſten.) Oeſterr. Silberr.-Coup. 174 bez., do. Eiſenbahn-Coupon 174 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. l. Wien, Amerikaniſche Gold-Doll.-Bonds 4,215 bez., do. Prioritäten 4,215 bez., do. Papier-Dollar 4,215 bez., 6% New-York-City. 4,215 bez., Ruſſ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. l. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warſchau, Ruſſ. Zoll 20,52 bez., 1822er Ruſſen —, Gr. Ruſſ. Staatsb. — bez., Ruſſ. Boden-Credit —,— bez., Warſchau-Wiener Comm. — bez., Warſchau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverſe in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländiſche min. — Pf. Amſterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgiſche min. — Pf. Brüſſel, Verl. Lſtr.-Obligat. — bez.

Berlin, 17. März. [Producten-Bericht.] Das Wetter iſt prachtvoll, die Temperatur iſt erheblich geſtiegen. Feſtere auswärtige Berichte haben einige Wirkung ausgeübt auf unſeren Markt. Der Terminhandel in Roggen ſtand anfänglich ſo ſehr unter jenem Einfluß, daß merklich erhöhte Forderungen ohne Widerſtreben bewilligt wurden; ſpäter allerdings erſchlaffte die Haltung wieder, und ein Theil der Beſſerung ging ſodann verloren. Das Effectivgeſchäft war ſtiller als geſtern, Mehrforderungen ließen ſich für Waare nicht durchſetzen. — Roggenmehl etwas höher. — Weizen, begehrt und höher im Beginn, wurde ſpäter vernachläſſigt. Einen Theil der Beſſerung mußten die Terminpreiſe wieder aufgeben. Waare blieb unverändert im Werth. — Hafer loco feſt, auch Termine ſtellten ſich eine Kleinigkeit höher. — Rüböl, etwas mehr beachtet, hat ſich im Werthe um eine Wenigkeit gebeſſert. — Petroleum etwas niedriger, aber mit mehr Umſatz. — Spiritus war nicht ganz ſo ſtill wie geſtern und hat ſich auch im Werthe gut behauptet.

Weizen loco 170—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert gelber märkiſcher — M. ab Bahn bez., ſtark defecter polniſcher — M. ab Bahn bez., do. klammer mit ſtarkem Geruch — M. ab Bahn bez., fein weiß polniſcher — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß uckermärkiſcher — Mark ab Bahn bez., per April-Mai 211—210½ Mark bez., per Mai-Juni 212—211½ Mark bez., per Juni-Juli 213—212½ Mark bez., per Juli-Auguſt 208½ Mark bez., per September-October 205 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 190—210 Mark per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländiſcher mit ſtarkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 201—205 Mark ab Bahn bez., ſtark defecter — Mark ab Bahn bez., polniſcher mit etwas Geruch — M. ab Kahn bez., klammer inländiſcher 190—199 M. ab Bahn bez., feiner inländ. 206—208 M. ab Bahn und Boden bez., per März — Mark bez., per April-Mai 200—200¾—200 Mark bez., per Mai-Juni 193—192½ Mark bez., per Juni-Juli 185—184½ Mark bez., per Juli-Auguſt 175 bis 174½ Mark bez., per September-October 170—169½ Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Gerſte loco 145—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 153—175 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oſt- und weſtpreußiſcher 155 bis 163 Mark bez., ruſſiſcher 155 Mark bez., pommerſcher, mecklenburgiſcher und uckermärkiſcher 160 Mark bez., ſchleſiſcher 161 Mark bez., böhmiſcher 161 Mark bez., fein weiß ruſſiſcher — Mark bez., neumärkiſcher — Mark bez., galiziſcher — Mark ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburgiſcher 165 bis 167 Mark ab Bahn bez., per März — Mark bez., per April-Mai 151½ M. bez., per Mai — Mark bez., per Mai-Juni 152¼ Mark bez., per Juni-Juli 153 Mark bez., per Juli-Auguſt — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Erbſen, Kochwaare 178—215 Mark, Futterwaare 158 bis 177 Mark per 1000 Kilo nach Qualität gefordert. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverſteuert incl. Sack Nr. 00: 30,00—28,50 M., Nr. 0: 28,50—27,50 Mark, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unverſteuert incl. Sack Nr. 0: 28,75—27,75 Mark bez., Nr. 0 und 1: 27,50—26,50 M. — Mais loco 145—149 Mark nach Qualität gefordert, geringer neuer rumäniſcher — Mark ab Bahn bez., amerikaniſcher — Mark ab Kahn bez., neuer ungar. — M. ab Bahn bez., feiner weißer mecklenburg. — M. ab Bahn bez., per März 144 M. bez., per April-Mai 130½ M. bez., Mai-Juni 129 M. bez., per Juni-Juli 128 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per März — Mark bez., per März-April 27,40 Mark bez., per April-Mai 27,30 bis 27,25 Mark bez., per Mai-Juni 26,75 bis 26,70 Mark bez., per Juni-Juli 26,10—26 Mark bez., per Juli-Auguſt 25,20 25,15 Mark bez. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 27,50 Mark. — Oelſaaten: Winter-Raps — M., Winter-Rübſen — Mark bez., Raps galiziſcher — Mark bez. — Rüböl loco pro 100 Kilo mit Faß — M. bez., ohne Faß — Mark bez., per März 51,9—52 M. bez, per März-April 51,9—52 Mark bez., per April-Mai 51,9—52 Mark bez., per Mai-Juni 52,5 Mark bez., per Juni-Juli 53—53,1 Mark bez., per Septbr.-October 54,8 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Leinöl 65 M. bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 28,2 M. bez., per März 26,8 Mark bez., per März-April 25,8 M. bez., per April-Mai 25 Mark bez., per Mai-Juni — M. bez., per September-October 25,4 bis 25,3 M. bez., per October-November 25,8 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 54,3 Mark bez., per März 54,9 Mark nom. per März-April 54,9 Mark bez., per April-Mai 55,2—55,3 Mark bez., per Mai-Juni 55,4—55,5 M. bez., per Juni-Juli 56,1—56,2 Mark bez., per Juli-Auguſt 56,9 Mark bez., per Auguſt-September 56 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 18. März, 6½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen unverändert, bei mäßigem Angebot Preiſe preishaltend.

Weizen, höhere Forderungen erſchwerten den Umſatz, per 100 Kilogr. ſchleſiſcher weißer 19,00 bis 20,60—21,50 Mark, gelber 18.00—19,60 bis 20,50 Mark, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei ſchwachem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 19.00 bis 19,60 bis 20,20 Mark, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Gerſte unverändert, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 13,90—14,30—14,90 bis 15,30 Mark, feinſter über Notiz bezahlt.

Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,00—13,30—13,60 Mark.

Erbſen preishaltend, per 100 Klgr. 17,50—18,50 bis 20,50 Mark, Victoria- 20,00—21,00—21,50 Mark.

Bohnen ſchwacher Umſatz, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 M.

Lupinen in feſter Haltung, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—9,80—10,20 Mark, blaue 9,20—9,40—10,00 Mark.

Wicken gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mark.

Oelſaaten ſchwach zugeführt.

Schlaglein in feſter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinſaat	27	—	25	50	24	25
Winterraps	24	—	23	—	22	50
Winterrübſen	23	25	22	50	22	—
Sommerrübſen	24	—	22	50	22	—
Leindotter	22	25	21	75	21	25

Rapskuchen ohne Aenderung, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9,40—60 Mark, fremde 8,40—8,80 Mark.

Tannenklee ruhiger, per 50 Kilogr. 38—44—48 Mark.

Thymothee preishaltend, per 50 Kilogr. 23—25—27 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—30,75 Mark, Roggen fein 31,00—31,75 Mark, Hausbacken 30,00—30,75 Mark. Roggen-Futtermehl 11,00—12,00 Mark. Weizenkleie 9,25—9,75 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenſtroh 21,00—24,50 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Poſen, 16. März. [Börſenbericht von Lewin Berwin Söhne. Getreide- und Productenbericht.] Wetter: ſchön. Bei matter Stimmung blieben am heutigen Wochenmarkt ſämmtliche Cerealien unverändert im Preiſe. Es wurden amtlich notirt per 100 Kilogramm: Weizen 21,30—19,20—17,10 M., Roggen 20—19,20—18,50 M., Gerſte 16—15 bis 14,60 M., Hafer 16,20—15—14 M. Erbſen, Kochwaare, 18,50—17,50 bis 17 M., Futterwaare 16,50—15,80—15,10 M., Lupinen, gelb, 10,60—9,60 bis 9 Mark, blaue 9,50—9—8,40 Mark. — An der Börſe: Spiritus: ſtill. Gekündigt 5000 Liter März 52,60 M. bez., April-Mai 53,10 M. bez. u. Br., Juni 59 M. bez., Juli 54,60 M. bez.

Meteorologiſche Beobachtungen auf der königl. Univerſitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 17., 18.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 6°,5	+ 3°,2	+ 2°,6
Luftdruck bei 0° (mm)	756''',7	754''',9	754''',6
Dunſtdruck (mm)	1,8	3,7	5,3
Dunſtſättigung (pCt.)	24	65	96
Wind	NW. 2.	W. 2.	NW. 2.
Wetter	wolkig.	heiter.	Regen.

Waſſerſtand. Breslau, 18. März. O.-P. 5 M. 30 Cm. U.-P. 1 M. 38 Cm.
17. März. O.-P. 5 M. 56 Cm. U.-P. 1 M. 86 Cm.

Waſſerſtands-Telegramme.

Steinau a. O., 17. März, 8 Uhr Vorm. Waſſerſtand am Unterpegel 3,9 Meter.

Glogau, 17. März, 8 Uhr Vorm. Waſſerſtand am Unterp. 4,8 Meter.

Vermiſchtes.

[Der Kaiſer trauert.] Die „Volks-Ztg." vom 17. d. ſchreibt: Geſtern Nachmittag ſah man den Kaiſer längere Zeit an dem hiſtoriſchen Eckfenſter ſeines Palais ſtehen; er hatte die goldenen Achſelſtücke ſeines Militärrockes mit dickem Trauerflor umhüllt. Ein zahlreiches Publikum ſammelte ſich ſchnell am Fuße des Denkmals Friedrichs des Großen und begrüßte den Monarchen mit lebhaften Hochrufen.

[Die auf das erſte franzöſiſche Kaiſerreich bezügliche Memoiren-Literatur] ſoll demnächſt durch eine wichtige Publikation bereichert werden. Der bekannte Oberſt Jung hat im Archive des franzöſiſchen Miniſteriums des Aeußern die 3000 Seiten haltenden Memoiren des Prinzen Lucian Bonaparte aufgefunden. Zwei Bände derſelben ſind 1836 und 1845 veröffentlicht worden; ſie enthalten jedoch blos 200 Seiten der Handſchrift; der Reſt wird dieſer Tage bei Charpentier in drei Bänden erſcheinen. Die „Revue Politique et Litteraire" bringt heute aus dieſem Buche ein Capitel, das hübſch, pikant und ſpannend geſchrieben, auf das Privatleben des Kaiſers intereſſante Streiflichter wirft und darauf ſchließen läßt, daß dieſe Memoiren jenen der Frau Remuſat würdig an die Seite geſtellt werden können. Es handelt ſich um die Ehe, die Lucian Bonaparte in Pleſſis-Chamans gegen den Willen ſeines Bruders insgeheim eingegangen. Lucian hatte ſeinen Freund Duroc beauftragt, den Brief, der die Anzeige der Ehe enthielt, dem erſten Conſul bei einem Concert in Malmaiſon zu überreichen. Gegen 3 Uhr Morgens nach dieſem Concert wird Lucian aus dem Schlafe geweckt. Sein Schwager Murat war es, der in voller Gala gekommen, um die Antwort des Conſuls zu bringen. Die Beſchreibung der Scene iſt ſehr lebhaft charakteriſtiſch und führt den Titel „Der tapfere Feigling". Murat erzählt mit komiſchen Umſchweifen, der Conſul habe während des Concerts ein Schläfchen gemacht und ſei eben durch ein Allegro munter geworden, als man ihm den Brief gab. Kaum hatte er denſelben geöffnet, als er in heftigen Zorn ausbrach. „Die Muſik ſoll aufhören! Aufhören!" rief er. Alles ſpringt erſchrocken auf. „Verrath! Verrath! Das iſt ein wahrer Verrath!" fuhr er fort. Lucian erſucht ſeinen Schwager, ihm die Scene möglichſt getreu zu beſchreiben und da erwidert ihm Murat, er wage nicht, es zu thun, er ſei nicht zum Geſandten geboren, er habe es ſchon in Madrid, wo er Geſandter war, erklärt: „Allons, meine Herren, Ihr ſowie ich, und ich ſowie Ihr, geſtehen es ein, daß ein Geſandter nichts als ein höherer Spion ſei." Schließlich erzählt er doch, der Conſul habe ausgerufen: „Lucian hat ſeine Maitreſſe geheirathet." Nun hatte aber der erſte Conſul, wie Lucian hinzugeſetzt, einen ganz anderen Ausdruck gebraucht, er hatte ſtatt maitresse einfach coquine geſagt; er wußte wohl, daß ſie dieſen beleidigenden Ausdruck nicht verdiene und „nannte ſie nur darum ſo, weil ſie nicht ſeine coquine ſein wollte." Im Laufe des Geſpräches erzählte Lucian ſeinem Schwager, wie man ſeine Gemahlin abzuſchrecken ſuchte, wie man jeden ihrer Schritte ſpionirte und wie man ſogar einmal den Verſuch gemacht, ſie zu entführen, „um ſie in einer carmagnola à la fouche verſchwinden zu laſſen." Der erſte Conſul begab ſich ſofort nach Erhalt des Briefes in ein Nebenzimmer und wollte an Lucian ſchreiben, er war aber ſo aufgeregt, daß er es nicht vermochte, ſprach von Verrath, Lüge, Undank und gab Murat den Auftrag, Lucian zu erklären, daß ſeine Ehe als nichtig betrachtet werde. Intereſſant iſt es nun — und darauf bezieht ſich der Titel des Capitels —, wie der tapfere Murat eingeſteht, daß er vor Napoleon eine heilloſe Furcht habe, und wie er Lucian förmlich anfleht, dem mächtigen Conſul ſo unterwürfig als möglich zu antworten. Lucian macht ſich über die Unterwürfigkeit des tapferen Feiglings weidlich luſtig, giebt ihm ſcheinbar nach, indem er ſeinem Bruder ſagen läßt, „er bedaure aufrichtig das Mißfallen, das er erregt, werde trotzdem ſammt ſeiner Frau gegen den Conſul die ergebenſte Geſchwiſterliebe hegen", ſetzt jedoch hinzu, er werde, falls der Conſul die Ehe wegen eines Formfehlers für nichtig erklären ließe, ſich beeilen — die Ehe nochmals abzuſchließen und diesmal mit Beachtung aller Förmlichkeiten. Den tapferen Feigling verſetzt die Nothwendigkeit, dem Conſul eine ſolche Botſchaft ins Geſicht ſagen zu müſſen, in helle Verzweiflung, welche Lucian recht amüſant ſchildert.

[Ein Todtentanz.] Aus Genua berichtet man dem „N. W. Tagebl." ein abſonderliches Ereigniß: Ein elegant gekleideter junger Mann erkletterte in der Mittagsſtunde des 10. d. die Mauer des neuen Kirchhofes und begann in wüthendem Eifer mit einer Schaufel einen Sarg auszugraben, welchen er ſodann herauszerrte. Sobald ihm dies gelungen war, erbrach er den morſchen Deckel, riß den vermoderten Leichnam heraus und flog mit demſelben in gräßlichem Tanze einher. Die Wächter des Friedhofes waren zugegen, allein die Miene und die Geberden des Fremden jagte ihnen ſolchen Schrecken ein, daß keiner ihm zu nahen wagte. Einer von ihnen holte Polizei-Aſſiſtenz herbei, um den Leichenſchänder feſtzunehmen, allein ſobald dieſer die Bajonnete in der Sonne erglänzen ſah, entfloh er mit Blitzesſchnelle über die Mauer des Kirchhofes. Es war offenbar ein Irrſinniger.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.